

(Präsident Denzer)

- (A) Wir stimmen nunmehr über den Entwurf des Einzelplans 10 ab. Wer dem Entwurf des Einzelplans 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft - entsprechend der Beschlußempfehlung - -

(Die Minister Heinemann und Einert unterhalten sich auf der Regierungsbank.)

- Ich möchte um etwas Ruhe auch auf der Regierungsbank bitten. Wir befinden uns in der Abstimmung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wer dem Entwurf des Einzelplans 10 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksachen 10/4910 und 10/4975 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön, die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 10 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 05: Kultusminister

Dazu liegen folgende Anträge vor:

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4983. Ich bitte, in diesem Antrag die Ziffer 2 ersatzlos zu streichen. Im übrigen bleibt der Antrag unverändert.

- (B) Dazu kommt mit Drucksache 10/4995 - Neu-
druck - ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. zu dieser Nummer 2.

Im übrigen verweise ich auf die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, Ihnen vorliegend mit Drucksache 10/4905.

Ich eröffne die Beratung. Ich erteile Herrn Abg. Reul für die Fraktion der CDU das Wort.

Reul (CDU): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Über das Thema, was hier ansteht, haben wir in den letzten Monaten und Jahren immer wieder gestritten. Ich denke, deshalb kann man es auch sehr verkürzt auf den Punkt bringen. Das, was wir heute nach fünf Jahren SPD-Mehrheit in Nordrhein-Westfalen zum Abschluß bringen, ist die Chronologie eines Bildungsbetruges.

Erstens: 1985 - die CDU sagt: Es fehlen Lehrer, Unterricht fällt aus. Die Landesregierung sagt: Böses Gerede der Opposition, stimmt alles überhaupt nicht.

(C) Zwei Jahre später gibt die SPD-Landesregierung zu, daß dieses Problem berechtigt ist. Der Kultusminister legt eine Studie vor, in der klar und deutlich gesagt wird, daß wir riesige Probleme in der Unterrichtsversorgung haben. Er mutet endlich den eigenen Genossen in den Haushaltsberatungen die volle Wahrheit zu - März 1987.

Dann gibt es die berühmte Sitzung der SPD-Fraktion, in der versucht wird, mit einer Sondersitzung das Problem zu lösen. Das war die große Veranstaltung "Palaver ohne Ergebnis". Danach sollten Klassen größer werden, danach wurde beschlossen, Unterrichtsausfall statistisch wegzurechnen. Ergebnis, meine Damen und Herren, ist: Sie mußten auch dieses wieder korrigieren und dann versprechen, daß die Klassen wieder kleiner und doch nicht größer werden sollten.

Wir stehen 1989/90 an der Jahreswende vor der Lage, daß nordrhein-westfälische Schulen nach wie vor in großen Dimensionen Unterrichtsausfall haben. Das Problem ist nicht gelöst. Sie stellen nicht so viele Lehrer zur Verfügung, daß im nächsten Jahr weniger Unterricht ausfällt, sondern wir werden 1990 eine weitere Erhöhung des Unterrichtsausfalls haben. Sie bleiben also Ihrer Tradition des Bildungsbetruges treu und werden auch im nächsten Jahr nicht genügend neue Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stellen.

(D) Deshalb schlagen wir den Einstellungskorridor von 3000 Lehrerinnen und Lehrern vor. Wir wollen zumindest das sichern, was wir heute in nordrhein-westfälischen Schulen haben, und nicht weiter einen Abbau betreiben.

Alles das, was Sie den Menschen mit Neueinstellungen versuchen, gesund zu rechnen, ist die Sammlung von verschiedenen Einstellungen von Lehrergruppen, die durch ganz andere Begründungen freigemachte Stellen haben. Sie können nicht Erziehungsurlaub in Anrechnung bringen. Sie können nicht den Leuten mit Neueinstellungen weismachen, daß das, was an Unterricht ausfällt, weil Damen und Herren Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen und damit dem Lande helfen, Geld einzusparen, ein Beitrag zur Verbesserung der Unterrichtssituation sei.

Der Unterrichtsausfall wird größer, nicht kleiner, und das in einer Situation, in der wir mehr und nicht weniger Schüler haben werden und in der auf die Frage nach Aus- und Umsiedlern überhaupt keine Antwort gegeben ist. Ich bin sicher, wir werden im nächsten Jahr nicht an einem Nachtrag in diesem Bereich vorbeikommen. Meine Damen und Herren, es wäre ehrlicher gewesen, die Fakten jetzt schon auf den Tisch zu legen.

(Reul (CDU))

- (A) "Konfusion" statt Konzeption" und "Es regiert weiter der Rotstift", das sind eigentlich die Überschriften, die man dem nordrhein-westfälischen Schulhaushalt für 1990 geben kann.

Zwei Bemerkungen zur Finanzierbarkeit: Wissen Sie, Ihnen ist in den letzten Jahren einiges eingefallen. Erst war es die Steuerreform, dann waren es die Sonderlasten Kohle und Stahl. Eins war dem immer gemeinsam: Es waren immer die anderen schuld, nur Sie nicht.

Meine Damen und Herren! Solange Sie bereit sind, im Bereich Bildung mehr Geld für das Kapitel Ideologie auszugeben, solange sind wir nicht bereit, hinzunehmen, daß Sie nicht für die notwendige Grundausstattung an nordrhein-westfälischen Schulen genügend Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stellen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Die Spitze des Ganzen ist das, was Sie jetzt an Beschlußfassung auch im Haushalts- und Finanzausschuß abschließend vorgelegt haben. Meine Damen und Herren! Wer im Fachausschuß mit unserer Unterstützung beschließen läßt, die Mittel für die Schülerfahrten minimal zu erhöhen - das ist übrigens keine Lösung des Problems -, das dann im Finanzausschuß wieder zurückdreht und die Mittel streicht, der handelt nicht ehrlich, und der handelt auch nicht planvoll.

- (B) Wer bei der Zuschlagsrelation für Aussiedler und ausländische Kinder in den Schulformen, in denen es diese Relationen nicht gab, im Finanzausschuß wieder eine Korrektur wahrnehmen muß, der steht nicht zu seinem Wort und ist nicht einmal bereit, einen kleinen Beitrag zu leisten.

Und last but not least: Meine Damen und Herren, was Sie im Bereich zwangsteilzeitbeschäftigter Lehrerinnen und Lehrer der Öffentlichkeit vorführen, ist abenteuerlich. Sie sind nicht einmal bereit, die 170 Stellen zur Verfügung zu stellen, damit diejenigen Lehrerinnen und Lehrer, die mit einem minimalen Auskommen zwangsteilzeitbeschäftigt sind, auch auf volle Stellen kommen. Sie haben das zwar versprochen, aber nicht eingehalten. Wir werden im nächsten Jahr nur erreichen, daß 60 Stellen dafür zur Verfügung gestellt werden. Andere 110 Stellen fehlen. Sie versprechen da irgend etwas in Richtung Zukunft, aber helfen nicht im Jahre 1990.

Ich möchte abschließend noch zwei Fragen an den Kultusminister stellen. Ich bitte dringend

darum, daß es eine Antwort zu Protokoll gibt. Die Frage: Wird denn die kleine Zahl der Zwangsteilzeitbeschäftigten, die jetzt davon profitiert, zum 1.2. oder zum 1.9. eingestellt?

(C)

(Minister Schwier: Das steht doch im Haushalt!)

Die zweite Frage, die ganz wichtig ist, ist die Frage, die ich auch gerne beantwortet hätte: Werden sie verbeamtet, oder werden sie als Angestellte geführt? Dazu gibt es sehr widersprüchliche Ausführungen in der Öffentlichkeit von seiten der SPD. Ich würde da gerne Klarheit haben.

Meine Damen und Herren! Der Schulhaushalt ist im Ergebnis der Versuch, in Wahlkampfzeiten etwas zu beschönigen, aber im Ergebnis keine Lösung des Problems. Jeder, der in einem Unternehmen so Personalpolitik betreiben würde, würde entlassen. Aus diesem Grunde sehe ich dem 13. Mai mit außerordentlicher Gelassenheit entgegen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Ein besonderes Lob für einen Schulpolitiker in diesem Hause, nicht seine Zeit auszunutzen. Es steht mir nicht an, es anders zu sehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf dann, ehe ich Herrn Abg. Dr. Dammeyer für die Fraktion der SPD das Wort erteile, fragen, ob nicht die Verkürzung der Redezeit auf zehn Minuten pro Beitrag eine sinnvolle Maßnahme wäre?

(D)

(Allgemeine Zustimmung - Wendzinski (SPD): Sehr weiser Vorschlag!)

- Ihr Beifall bestätigt meine Ahnung. Damit haben wir ab sofort eine 10minütige statt einer 15minütigen Redezeit.

Herr Abgeordneter und Kollege Dr. Dammeyer, Sie haben das Wort.

Dr. Dammeyer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schulpolitik ist offensichtlich für die CDU auch nicht mehr das, was es einmal war.

(Reul (CDU): Das ist ungeheuerlich!)

Noch im vorigen Jahr, Herr Reul, war es so, daß Sie das zu einem der zentralen Themen aus Anlaß der Beratung des Haushalts des Ministerpräsidenten gemacht haben; das zählt für Sie in diesem Jahr offensichtlich nicht mehr.

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) Meine Damen und Herren, das läßt sich auch an vielen anderen Sachen erkennen: Was wir von Ihnen zu hören bekommen, ist ja an keiner Stelle irgendwo ein eigenes Konzept, also Überlegungen darüber, wie es denn mit unserer Schulpolitik und der Bildungspolitik in unserem Lande weitergehen sollte, sondern wir hören kritische Bemerkungen zu dem, was wir tun. Das ist ja auch ganz legitim; das ist immer die Rolle der jeweils anderen Gruppierung. Da gibt es gar kein Vertun. Aber es läßt erkennen, daß man keine eigenen Konzepte hat.

Deshalb, meine Damen und Herren, sind offensichtlich wir diejenigen, die die entscheidenden politischen Kräfte in unserem Lande sind, die mit politischen Vorstellungen für den Bildungssektor aufwarten, an denen sich - legitimerweise - die anderen Parteien reiben. Aber mehr als Reiben bringen Sie nicht.

Jetzt kommen wir zum Haushalt 1990. Das ist eine Diskussion im Rahmen der Debatte darüber, wieviel Lehrer wir insgesamt in unserem Bildungswesen brauchen. Es gibt gar keinen Zweifel, daß wir mehr Lehrer brauchen, als wir gegenwärtig beschäftigt haben und als wir gegenwärtig einstellen. Aber so, wie wir damit zurechtkommen, muß sich das auch an den haushaltsmäßigen Möglichkeiten messen lassen.

- (B) Im Rahmen einer solchen Überlegung will ich auch gern dazu kommen, wie es denn in diesem Jahr mit den Einstellungen aussieht. Im vorigen Jahr hat Herr Pohl freundlicherweise einen Zwischenruf gemacht, wie viele Einstellungen es denn nun werden. In diesem Jahr wird es Einstellungen für knapp 3 000 Stellen, die Unterrichtsvermehrung beinhalten, geben.

(Reul (CDU): Erziehungsurlaub ist Vermehrung?)

Ich rechne das aus: Da werden neu eingestellt 700 Stellen für die Grundschulen, 40 Stellen für die Hauptschulen, 60 Stellen für die Realschulen, 100 Stellen für die Gymnasien, 30 Stellen für Kollegs, Abendgymnasien und Abendrealschulen, 250 Stellen für die Gesamtschulen, 300 für die Sonderschulen, 250 Stellen für die berufsbildenden Schulen und die Kollegs, macht insgesamt 1 730 Stellen.

Darüber hinaus wird das, was den Erziehungsurlaub angeht, mit 250 Stellen bedient. Das wäre ja sonst, wenn keine Stellen bereitgestellt würden, auch kein erteilter Unterricht. Die bislang mit Teilzeitver-

- hältnissen beschäftigten Lehrer werden um 700 Stellen aufgestockt. (C)

Es werden zusätzlich mindestens - vermutlich einige mehr; denn dafür haben wir eine öffnende Regelung im Haushaltsgesetz vorgesehen - 60 Stellen vorgesehen für Religionslehrer, die früher aus Sondermitteln eingestellt worden sind und deren Verträge aufgestockt werden. Und es werden mindestens - genau läßt sich auch das nicht übersehen - 200 Einstellungen an den Ersatzschulen vorgenommen, die ebenfalls aus Landesmitteln bezahlt werden.

Meine Damen und Herren, das macht insgesamt 2 940 Stellen. Das sind ganze 60 Stellen an dieser Marge vorbei, die Sie mit 3 000 Stellen als eine so magische Zahl hinstellen. Ich finde, das ist alles keine Kleinigkeit, und damit sind wirklich 3 000 Stellen knapp erreicht.

Ich halte das für nicht ganz falsch, und ich gebe zu, das war das Ergebnis von Beratungen, die sehr schwierig waren - auch in unseren eigenen Reihen.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Dammeyer, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Reul zu?

(Dr. Dammeyer (SPD): Ja, gern!)

- Bitte schön!

- Reul (CDU): Herr Dr. Dammeyer, Sie haben hier eine Rechnung vorgelegt. Sind Sie mit mir der Meinung, wenn gleichzeitig 3 000 Lehrerinnen und Lehrer ausscheiden, gleichzeitig Arbeitszeitverkürzungen greifen und gleichzeitig 1 400 Damen und Herren Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, d. h. dieser Unterricht in Zukunft auch ausfällt, wir im nächsten Jahr weniger Unterricht geben können als in diesem Jahr? (D)

(Zustimmung des Abg. Arentz (CDU))

Dr. Dammeyer (SPD): Herr Reul, damit wir uns nicht falsch verstehen, will ich gar nicht erst über die Qualität dieser Zahlen mit Ihnen streiten, aber ich will eines sagen: Wenn Sie sagen, es müßten 3 000 Stellen zusätzlich bereitgestellt werden, und wir auf mindestens 2 960 Stellen kommen - möglicherweise oder ziemlich wahrscheinlich einige mehr -, dann ist diese Zahl von 3 000 so gut wie erreicht. Das ist schwergefallen, das sagte ich gerade. Die Landesregierung hatte in ihrem Haushaltsentwurf zunächst die Zahl von 500 Neueinstellungen und 700 Aufstockungen. Das sind die 700 Aufstockungen, von denen wir

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) vor zwei Jahren schon gesagt haben, daß wir sie jetzt im Haushalt ausbringen würden.

Demgegenüber ist im Zuge dieser Beratungen - das ist doch auch ein Erfolg der parlamentarischen Arbeit - eine deutliche Verbesserung in Übereinstimmung mit der Landesregierung zustande gekommen. Die Landesregierung ist nicht zu tadeln, sondern zu loben dafür, daß sie mit Ergänzungsvorlagen genau diese Regelung mittlerweile auch selbst vorgesehen hat.

Im Zuge der Haushaltsberatungen, meine Damen und Herren, haben wir noch ein paar weitere Elemente, auch ganz zufriedenstellende, vorzustellen, nämlich, daß wir die Schüler-Lehrerstellen-Relation an den Berufsschulen von 1 : 51 auf 1 : 45 reduzieren und daß wir das noch weiterentwickeln werden. Dies ermöglicht es uns, die Neuordnung der Berufe auch tatsächlich in den beruflichen Unterricht umzusetzen.

Wir haben die Situation an den Sonderschulen verändert, indem wir die Relation von 1 : 12,8 auf 1 : 10,8 verbessern. 80 Modelle für die Integration von Behinderten und Nichtbehinderten sind im Lande in Gang gesetzt worden.

Wir haben ferner erklärt, daß das, was wir mit den Religionslehrern in diesem Jahr beginnen, in den beiden nächsten Jahren fortgesetzt wird, so daß im Laufe dieser drei Jahre alle gegenwärtig teilzeitbeschäftigten Religionslehrer das Angebot einer vollen Stelle erhalten werden.

- (B)

Wir haben im Bereich der Weiterbildung, nachdem wir im vergangenen Jahr die Personalkosten erhöht haben, in diesem Jahr die Teilnehmertage und die Zuschüsse für die Unterrichtsstunden um 3 bzw. 2,50 DM erhöht.

Das ist doch alles keine Kleinigkeit, und das alles bei einer im Prinzip angespannten Haushaltslage!

Meine Damen und Herren! Wir sind diejenigen, die tatsächlich die erforderliche Verbesserung in unserem Bildungswesen vorantreiben, die dafür sorgen, daß unser vielfältiges und leistungsstarkes Bildungssystem auch im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten anständig untermauert ist.

Dem entsprechen ja auch die Stellungnahmen, die wir von den Lehrerverbänden bekommen. Die GEW hat zunächst die Landesregierung und die SPD-Fraktion für die Verbesserung dieser Haushaltsansätze so sehr gelobt, daß

sogar Herr Reul meinte, die GEW mahnen zu müssen, von diesem Lob zurückzugehen. Das haben die dann ja glücklicherweise nicht getan.

- (C)

Wir bekommen in diesen Tagen freundliche Briefe vom VBE und vom Philologenverband, denen man es richtig anmerkt, wie zäh es ihnen ankommt, daß sie die Landesregierung und die SPD-Fraktion für diese Haushaltsberatungen loben müssen. Dabei sprechen sie von "kleinen Fortschritten".

(Verschiedene Zurufe von der CDU)

- Aber natürlich! Das kann man richtig lesen und merken, wie es denen schwer fällt, über die Zunge zu bekommen, daß sie mit einem Lob uns gegenüber aufwarten müssen; aber das müssen sie nun einmal, denn da ist tatsächlich eine Veränderung zustande gekommen.

Meine Damen und Herren, aus all dem ist zu erkennen: Wir haben einen Haushalt vorgelegt, der sich im Rahmen der haushaltsmäßigen Möglichkeiten und der fiskalischen Probleme bemüht, alle diese Fragen in den Griff zu bekommen, mit denen wir gegenwärtig arbeiten müssen, und das ist letzten Endes auch ein Erfolg. - Herr Präsident, ich bin stolz darauf, daß ich trotz der Verkürzung der Redezeit auch diese noch unterschreibe.

Vizepräsident Dr. Riemer: Das ist richtig, und sogar um zwei Minuten, Herr Kollege! Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Wickel von der Fraktion der F.D.P.

- (D)

Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! (auf seine Akten hinweisend): Keine Sorge, das ist kein Redemanuskript, sondern da ich heute überwiegend fremdbestimmt reden will, sind das lediglich Zitatensammlungen.

Wenn man diese Haushaltsberatungen noch einmal Revue passieren läßt, dann bleibt zumindest ein Eindruck übrig, nämlich der, daß wir uns alle mit Arbeitszeitverkürzungen einen Riesentort angetan haben. Ich will das begründen. - Das schließt nicht ein, Herr Kultusminister, daß man nicht Verträge, die man schließt, auch hält. Das gilt für das Vergangene; aber wer jetzt noch einmal von Arbeitszeitverkürzungen im öffentlichen Dienst redet, muß wissen, daß er damit die Haushalte in einer Form überstrapaziert, daß es danach nicht mehr Arbeitsstellen geben wird, sondern nur neue Probleme. Das heißt auf deutsch: Wir müßten jetzt, um unsere Schwierigkeiten im Schulbereich zu lösen,

(Wickel (F.D.P.))

- (A) eher wieder auf die 40-Stunden-Woche hinar marschieren, als noch weitere Arbeitszeitverkürzungen vorzunehmen.

Es kommt hinzu, daß jede Arbeitszeitverkürzung, auch die letzte, rein rechnerisch einen Stellenmehrbedarf von 5 000 Stellen bedeutet, und wenn wir hören, wie heute hier gehandelt wird, daß Herr Dr. Dammeyer Flickzahlen als Erfolg bezeichnet und dagegenhält, was in der Wirklichkeit tatsächlich los ist, dann sieht man daran, Verehrtester, was diese Arbeitszeitverkürzung, sollte sie in Zukunft noch einmal kommen, letztlich erreicht: noch mehr Unterrichtsausfall. Dazu will ich jetzt einige Begründungen geben.

In der "Bonner Rundschau" vom 07.12. schreibt Frau Dähning-Lücke einen Leitartikel, der so interessant ist, daß ich ihn mit freundlicher Genehmigung des Präsidenten einmal zitieren möchte. Er beginnt:

Es war einmal ein Lehrer, der ging morgens gern zur Schule; denn vor gar nicht langer Zeit konnten in Grundschulen verschiedene Fördermaßnahmen - Arbeitsgemeinschaften, Chor, Flötenunterricht, Sondernturnen - angeboten und auch durchgeführt werden. Dies ist aus und vorbei, jedenfalls in den meisten Grundschulen.

- (B) Es war einmal ein Schulleiter; der ging morgens gern zur Schule, weil er noch selbst richtig unterrichten konnte. Heute kommt er sich vor wie ein Rangiermeister auf einem Verschiebebahnhof, wenn er irgendwo fehlende Lehrer ersetzen, wenn er irgendwo fehlende Unterrichtsstunden ausfüllen muß. Da wird ein Loch gestopft, an einer anderen Stelle ein neues aufgerissen. Er muß Mängelverwaltung betreiben, im Scheibenwischertempo durchs Haus hetzen und sich oft selbst vor zusammengelegte Mammutklassen stellen. Von echtem Unterricht kann keine Rede mehr sein.

Es war einmal ein Schüler; der ging morgens gern zur Schule. Er freute sich

- das ist uns ja allen einmal so gegangen -,

wenn einmal eine Stunde ausfiel; denn das kam nicht so oft vor.

Deshalb haben wir uns ja alle gefreut, Herr Kultusminister, weil das früher eine Seltenheit war, daß man einmal etwas anderes tun konnte.

(Frey (SPD): Das stimmt aber nicht.)

(C) Heute ist dem aber nicht so. Haperte es in einem Fach mit dem Verständnis, dann gab es ja früher auch noch Förderunterricht, in dem man den Stoff wiederholen konnte.

Die Situation an den Schulen ist heute aber alles andere als rosig. Mindestens 45 Lehrer fehlen im Moment allein an den Bonner Grundschulen, meine Damen und Herren, mehr als 1 200 Stunden fallen pro Woche aus, und es kommt noch schlimmer; das garantieren Kenner der Szene.

Meine Damen und Herren, der Nikolaus war ja bei uns, und hier war es der Nikolaus einer Elterninitiative für eine integrative Schule in Sankt Augustin-Menden. Die Kinder schreiben hier folgendes:

Liebe Politiker! Unsere Sonderschullehrerin ist vor fünf Wochen gestorben, und unsere Klassenlehrerin kann nicht mehr in der Schule arbeiten, weil sie seit Ostern schwer erkrankt ist. Viele Stunden fallen seit Monaten aus. Immer neue Lehrer kommen zur Vertretung. Helfen Sie uns! Wir brauchen so schnell wie möglich zwei neue Lehrer. Wir wollen auch nach Weihnachten zusammen leben und zusammen lernen.

(D) Meine Damen und Herren, wer von uns als Schulpolitiker Post bekommt, der weiß, daß man diese Zitate beliebig fortsetzen kann. Ich will Ihnen noch einige vortragen, damit es nicht so aussieht, als ob es nur an der Grundschule so wäre.

Schulpflegschaft des Städtischen Aposteln-Gymnasiums in Köln: Unterrichtsausfall zu 100 Prozent in allen Jahrgangsstufen für das Fach Musik; Unterrichtsausfall in den Fächern evangelische und katholische Religion in drei Jahrgangsstufen. Insbesondere fallen die Hälfte des Kunstunterrichts und 25 % des Mathematikunterrichts aus.

Dann haben wir ein Schreiben des Vorsitzenden der Stadtschulpflegschaft Wuppertal für die Grundschulen. Auslöser für diesen Schritt ist die gravierende Unterversorgung der Wuppertaler Grundschulen mit Lehrern, welche im Laufe des Jahres immer deutlicher geworden ist.

Resolution des Landeselternrates der Gesamtschulen: Der Landeselternrat ist nicht bereit, den Stundenausfall weiter zu dulden.

Elternschaft des Otto-Hahn-Gymnasiums in Dinslaken: In den Fächern Biologie und Physik herrscht am Otto-Hahn-Gymnasium ein akuter Notstand. Von 85 Wochenstunden

(Wickel (F.D.P.))

- (A) können zur Zeit in Biologie nur 61 Stunden erteilt werden; d. h. 24 Stunden fehlen unseren Kindern.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Wickel (F.D.P.): Nein, ich habe zu wenig Zeit. Bei 10 Minuten Redezeit ist das nicht möglich.

Das alles ist es nicht allein, sondern wir haben noch viele andere Schreiben von Eltern. Das Kapitel Sonderschulen ist trotz dieser Zahlenspielerien hier ein nach wie vor ungelöstes.

Da werden Klassenteilungen notwendig; aber es sind nur 5,5 Stellen da, und die kann man nicht teilen; denn die Viertellehrer können nicht agieren.

Aus Remscheid wird ein Mangel von 0,4 bis 0,6 bescheinigt.

Wenn man den Eltern die vom Kultusminister herausgegebenen Werte vorhält, dann wird den Statistiken widersprochen, indem man sagt, diese Statistiken enthalten nicht die Zahlen, die aussagen, was tatsächlich vor Ort passiert, die Probleme, die in der Schule gelöst werden müssen. 100 % Stellen bedeuten im übrigen auch nicht 100 % Unterricht.

Das sind alles bekannte Dinge; aber es wird immer, immer schlimmer.

(B)

Lüdenscheid! Zwei Monate Krankheit, die Kinder werden früher nach Hause geschickt. Das erscheint doch in keiner Statistik. Die Eltern erleben das und halten es uns vor.

Man muß fairerweise auch sagen, daß es eine Fülle von Schreiben gibt, in denen der Kultusminister ausdrücklich von dieser Misere ausgenommen wird, in denen klipp und klar gesagt wird: Die Kultusverwaltung kann nur pflichtgemäß das verwalten und einsetzen, was sie hat. Aber die SPD-Mehrheitsfraktion in diesem Parlament, die der Kultusverwaltung nicht die Stellen bewilligt, die sie braucht, damit in unserem Lande wieder in ausreichendem Maße Unterrichtsstunden gegeben werden können, ist der eigentliche Adressat. Deshalb wollen wir hier auch gar keinen falschen Kriegsschauplatz aufbauen.

Auch ich richte mich vordergründig nicht an den Kultusminister, sondern an die Kollegen der SPD-Mehrheitsfraktion, die es eben verantworten müssen, daß die Fachverwaltung, das Ministerium nicht in der Lage ist, organisiert Schule vor Ort zu bringen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie die Eltern dort hören, wo hohe Aussiedler- und Übersiedleranteile in den Klassen sind, werden Sie feststellen, daß dort Unterricht fast überhaupt nicht mehr stattfindet. Uns sind Klassen mit 70 % Aussiedlern und 30 % hiesigen Kindern geschildert worden, in denen sich der Lehrer einmal mit den Aussiedlern beschäftigt - dann müssen sich die hiesigen Kinder selbst beschäftigen - und sich dann mit den anderen Kindern befaßt. Das heißt, dort findet überhaupt keine Schule mehr im eigentlichen Sinne statt.

Wo ist die Konzeption für diese Zahlen von Aussiedlern und Übersiedlern? Wo ist die Idee von Auffangklassen? Wo ist erkennbar, daß man dieses Problem tatsächlich lösen kann? Dazu braucht man Stellen.

Deshalb war auch berechtigt, was Herr Kollege Reul gesagt hat. Zumindest die Pensionierten wieder zu ersetzen ist erst einmal der einzig richtige Schluß. Dann braucht man auch nicht zu diesen Zahlenspielerien der Addition zu greifen, sondern dann wäre es möglich, mehr die Probleme vor Ort zu lösen.

Schauen Sie sich einmal an, was ich hier alles an Blättern habe. Jedes dieser Blätter stammt von Eltern, von Vereinigungen, die sagen: Es kann so nicht mehr weitergehen.

Ein Zitat aus der "Bonner Rundschau":

Nur noch das unbedingt Nötige kann derzeit in den Grundschulen geleistet werden.

(D)

Ich habe Ihnen soeben Beispiele vorgelesen aus Gymnasien, aus Sonderschulen. Überall sind die Probleme so sichtbar, daß ich draußen vor Ort, wo ich auftrete, jetzt konsequenterweise sage: Unterhaltet euch bitte nicht mit den Schulpolitikern, ladet euch die Finanzpolitiker von der SPD-Mehrheitsfraktion ein, damit die einmal begreifen, was an Schule im Lande tatsächlich los ist und daß es so nicht weitergehen kann.

Ich fasse zusammen. Hier ist keinerlei Konzeption für die Schule in Zukunft ersichtlich. Die Bürger unseres Landes müßten erkennen, daß Schule, wenn sie im Mai noch einmal den Ritt mit der SPD wagen, in noch wesentlich schlechterer Form stattfindet als jetzt in einem Wahljahr, in dem man sich nach außen zumindest bemüht hat, die Dinge vom Gesetz der Zahl her etwas zu kaschieren.

Herr Finanzminister, ich glaube nicht, daß Sie die Probleme von Schule tatsächlich

(Wickel (F.D.P.))

- (A) kennen. Ich glaube auch nicht, daß Sie so handelten, wenn Sie Ihren Schulpolitikern mehr glauben würden. Die Probleme in Schule sind so schlimm geworden, daß ich bei einem Vergleich zwischen 1985, als wir hier begannen, und dem Jahre 1989, in dem wir den Haushalt für 1990 beschließen, zu dem Schluß kommen muß, daß es in diesen fünf Jahren permanent schlechter und nicht besser geworden ist. Wenn dann noch Erhöhungen der Art kommen, daß man bei den Reisekosten der Lehrer nicht einmal mehr die Kostensteigerung berücksichtigt,

(Zuruf des Ministers Schwier)

sondern sie streicht, dafür aber, Herr Kultusminister, auf die offene Schule und die Öffnung der Schule mit Geld hüpft, dann ist das ideologisch. Deshalb kann ich nur jedem dringend raten: Wenn Schule in Nordrhein-Westfalen noch einen Sinn haben soll, dann muß sich die Mehrheit hier ändern.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Wir kommen damit zur Kulturrunde, und ich erteile Frau Abg. Matthäus von der Fraktion der CDU das Wort.

Frau Matthäus*) (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich damit beginnen, daß ich der SPD sehr herzlich dafür danke, daß sie sich unserem Antrag, die Synagoge in Aachen zu bezuschussen, angeschlossen hat.

(B)

(Vereinzelt allgemeiner Beifall)

Wir sind sehr froh, daß das über die Bühne gehen kann und die Aachener mit dem Bau beginnen können.

Ich möchte nur einen Antrag meiner Fraktion begründen. Es geht dabei um das Kapitel 05 820 Titel 685 60 - Sonstige Träger für Orchester, Musikschulen und Musikpflege -.

Wer im Kulturausschuß ist, weiß, daß wir uns seit zehn Jahren bemühen, in vielen Bereichen auch der Laienkultur mehr zu tun, als bisher getan worden ist. Wir haben einmal sehr zum Unmut aller Sportpolitiker überlegt, ob wir nicht die Mittel aus dem Spiel 77, aus Lotto und Toto anders aufteilen sollten, um den Laienmusikverbänden irgendwie auf die Beine zu helfen. Nach schwierigen Überlegungen haben wir diesen Plan aufgegeben. Aber wir sind nach wie vor der Meinung, daß

die Förderung im Sport durchaus nachahmenswert ist.

(C)

(Zustimmung bei der CDU)

Der Antrag, den wir hier heute in dem eben genannten Kapitel stellen und der eine Erhöhung des Ansatzes um 5 Millionen DM vorsieht, zielt auf eine ähnliche Möglichkeit für Laienmusiker. In vielen Bereichen unseres Landes waren die Musikvereine über eine ganze Reihe von Jahren die einzigen Träger von Kultur. Es hätte sonst in diesen Bereichen im Grunde nichts stattgefunden. Nicht nur daß sie bei jeder Gelegenheit auftraten, sondern sie waren es auch, die das gesellschaftliche Leben einer ganzen Reihe von Dörfern und kleinen Ortschaften prägten, und das alles ehrenamtlich. Wir sind der Meinung, wir sollten eine solche Arbeit, die sich zum Teil über Jahrhunderte hingestreckt hat, einmal anerkennen. Die Laienmusikvereine finden in der Bevölkerung überaus breite Zustimmung,

(Zustimmung bei der CDU)

was sicherlich auch dadurch gekennzeichnet ist, daß in den Chören und in den Instrumentalgruppen in unserem Lande mehr als 1,1 Millionen Bürger in etwa 12 000 Vereinen aktiv tätig sind.

Ich denke, jeder von uns könnte nach Hause gehen und einen Musikschulleiter, einen Chorleiter, den Leiter einer Instrumentalgruppe fragen, wie seine Arbeit läuft, aber eben auch fragen, mit welchen Schwierigkeiten er zu kämpfen hat.

(D)

(Zustimmung bei der CDU)

Laienmusik meint eigentlich alle Altersstufen in der Bevölkerung. Wir wissen, daß die Chöre und die Instrumentalgruppen eine überaus effektive Kinder- und Jugendarbeit leisten. Wir müßten sehr viel mehr Menschen für andere Arbeit in der Jugendarbeit einstellen, wenn wir nicht die Arbeit in der Laienmusik hätten.

Wir wissen aber auch, daß immer wieder Menschen für 40-, 50- und 60jährige Zugehörigkeit zu einem Chor oder einem Orchester geehrt werden. Wenn wir uns dann die Bilder dieser Leute ansehen, müssen wir feststellen, daß Musik offensichtlich jung erhält. Wenn mir immer wieder von Sportlern entgegengehalten wird, Sport sei eben auch Gesundheitserziehung, so ist dem zu entgegnen, daß es von einer ganzen Reihe von Ärzten Untersuchungen gibt, die die gleiche Gesund-

(Frau Matthäus (CDU))

- (A) heiterziehung auch dem Singen und dem Instrumentespielen zusprechen.

(Beifall bei der CDU)

Und wer selbst einmal gesungen hat und darüber informiert ist, wie viele Organe dabei mitmachen müssen, der weiß, daß Musizieren ein gewichtiger Beitrag zur Gesunderhaltung des Menschen ist.

Wir fordern, daß die Vereine uns immer wieder bei Veranstaltungen zur Verfügung stehen, aber anders als beim Sport sind wir mit unserer finanziellen Anerkennung für diese Arbeit sehr weit im Rückstand. Jeder Sportler, der in einem Verein seinen Sport betreibt, geht selbstverständlich davon aus, daß er die Sporthalle und den Sportplatz kostenlos zur Verfügung gestellt bekommt. Das ist in allen Gemeinden so. Aber es gibt nur wenige Chöre und Musikgruppen, die für ihre Proben kostenlos einen Raum zur Verfügung gestellt bekommen.

- (B) Die Höhe solcher Kosten steigt aber ganz erheblich an, wenn man ein Konzert geben will. Allein für die Anmietung eines Raumes liegt dann der Preis bei 8 000 bis 10 000 DM, und zwar selbst dann, wenn solche Chöre die Räume einer Universität anmieten, die vom Land genauso bezahlt worden sind wie die Räume in einer Schulturnhalle oder in anderen Turnhallen. Wenn Sie berücksichtigen, daß die Gemägebühren im Lande Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr über 260 000 DM betrugen, wenn Sie die Kosten berücksichtigen, die die Anschaffung von Noten und Instrumenten verursachen, wenn Sie sehen, daß jeder Verein seinen Dirigenten von den Beiträgen bezahlen muß, dann wird wohl klar, daß wir endlich die Ehrenamtlichkeit all der vielen, die da tätig sind, anerkennen müssen. Dies können wir nur erreichen, wenn sich das Land zu einer Förderung verpflichtet sieht,

(Beifall bei der CDU)

die zwar lange nicht an die Sportförderung heranreicht, die aber wenigstens einmal anerkennt, daß alle in den Musikvereinen Tätigen ihre Aufgaben auch in unserem Interesse ausüben. Wir hoffen bei diesem Antrag auf die Hilfe des ganzen Parlaments.

Nicht wir wollen die Mittel verteilen, sondern wir wollen die 5 Millionen DM für die von mir eben angeführten Zwecke dem Landesverband für die Laienmusik zur Verteilung an die einzelnen Vereine übergeben. Wir denken, was beim Sport, beim Filmbüro und bei

- (C) anderen Büros möglich ist, das müßte auch bei der Laienmusik möglich sein.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Dr. Gerritz von der Fraktion der SPD.

Dr. Gerritz (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am Ende einer fünfjährigen Legislaturperiode und zehn Jahre nach der Installation eines eigenständigen Kulturausschusses im Lande Nordrhein-Westfalen will ich nachfragen, ob sich die Arbeit und der Aufwand gelohnt haben.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Ich gebe darauf vier kurze Antworten:

Erstens. Der Kulturhaushalt ist in den letzten sieben Jahren kontinuierlich gewachsen, in den letzten beiden Jahren um zusammen 25 %. Dieser Tatbestand hat mehrere Gründe, worunter sicherlich auch folgender zu sehen ist: Ein altes Industrieland wie Nordrhein-Westfalen wird nur dann den ökonomischen und ökologischen Umbau schaffen, wenn die kulturelle Infrastruktur sich in gleichem Maße verbessert und verändert.

(Zustimmung bei Abgeordneten der F.D.P.)

- (D) Zweitens. Die Kultur steht nicht nur begrifflich auf breiteren Beinen, sondern sie hat auch längst die Nische verlassen, in der sie so lange gestanden und abgestellt war. Sie hat mit großem Selbstbewußtsein eine Art Scharnierfunktion übernommen. So ist es nicht verwunderlich, ja es ist geradezu erwünscht, daß viele Bereiche im Landeshaushalt zum Teil erhebliche Mittel für die Kulturarbeit enthalten. Sicherlich sind Ihnen eine ganze Reihe bekannt. Ich denke dabei an den Wirtschaftsminister, der für die wirtschaftliche Filmförderung zuständig ist; ich denke an den Gesundheits- und Sozialminister, der zuständig ist für die Akademie Remscheid usw.

Drittens. Nordrhein-Westfalen hat aus seiner partikularen Geschichte, aus dem Selbstbewußtsein seiner Regionen und seiner Städte die richtigen Konsequenzen gezogen. Kulturpolitik wird ohne duodezfürstenhaftes Gehabe gemacht. Nordrhein-Westfalen hat seine Aktivitäten in das Land hinausgetragen und so gerecht wie möglich auf die einzelnen Regionen des Landes verteilt. Ich nenne dafür zwei Beispiele aus diesem Jahr: Die Landesmusikakademie, die größte ihrer Art in

(Dr. Gerritz (SPD))

- (A) der Bundesrepublik, wurde im Sommer in Heek eröffnet - Heek liegt in Westmünsterland -, und das Kulturwissenschaftliche Institut hat sich ebenfalls nicht in der Landeshauptstadt etabliert, sondern in Essen.

Neben dieser Dezentralisation der Kulturarbeit ist Kooperation das Markenzeichen nordrhein-westfälischer Kultur. Es kooperieren Kommunen miteinander, wobei das Land hilft, und es kooperiert das Land selbst mit Gemeinden, aber auch mit Organisationen in freier Trägerschaft. Um es deutlich zu machen: Die eben erwähnte Landesmusikakademie wurde zu 90 % vom Land finanziert und wird nahezu 100 %ig vom Land unterhalten, getragen wird sie jedoch vom Landesmusikrat, der wie viele andere Organisationen auch Aufgaben im Auftrag des Kultusministers wahrnimmt.

Ein weiteres Wahrzeichen nordrhein-westfälischer Kulturpolitik ist die Selbstverwaltung. Zwei Beispiele von sehr vielen will ich nennen:

An der niederländischen Grenze liegt das kleine Städtchen Straelen, und das beherbergt seit zehn Jahren das Europäische Übersetzerkollegium - als "EUK" den Lesern der "New York Times" genauso bekannt wie denen der "Süddeutschen Zeitung". Das Land finanziert von Anbeginn an diese international bekannte Anlaufstätte für Übersetzer, und zwar allein. Getragen wird dieses Kollegium von einem Verein.

(B)

Das zweite Beispiel! Das in Mülheim angesiedelte Filmbüro, vom Land finanziert, leistet seine Arbeit autark, das heißt in Selbstverwaltung. Das Land hat nicht hineinzureden, allenfalls Empfehlungen auszusprechen. Frei gewählte Gremien sorgen für Transparenz und Effektivität und ersparen uns und dem Kultusminister jeglichen Vorwurf der Zensur.

Mit Hilfe dieser Markenzeichen - Dezentralisation, Kooperation, Selbstverwaltung - sind in unserem Land jene Instrumente geschaffen, mit deren Hilfe sich Kultur frei und nach eigenen Bedürfnissen entwickeln kann.

Die vierte Bemerkung! Man hat in den vergangenen zehn Jahren bisweilen verzweifeln können, in welch geringem Maße die Medien zur Kenntnis nehmen - geschweige denn anerkennen -, was sich hier entwickelt hat. Das Dilemma war auch, daß der WDR einen Kulturweltspiegel einem NRW-Kulturspiegel vorzog und daß dieses größte Bundesland sich bislang damit zufriedengab, daß Kohle und Stahl in Hamburg, Frankfurt und München definiert wurden und die

Feuilletonisten an diesen Standorten bestimmten, was Kultur in unserem Land ist. Nun ist jedoch seit zwei, drei Jahren festzustellen, daß man im Norden, im Südwesten, im Süden nicht mehr umhin kann, zur Kenntnis zu nehmen, in welcher Weise sich die Kulturszene NRW entwickelt hat. Und bei mancher Kenntnisnahme schwingt auch Anerkennung mit. (C)

Meine Damen und Herren, der Kulturhaushalt steigt - wie gesagt - auch 1990. Im Entwurf, den die Regierung dem Parlament vorlegte, waren es ca. 6 %, denn einzubeziehen sind die 5 Millionen DM für die "Rheinbraun-Stiftung Archäologie" und die 5 Millionen DM für die neue Kulturstiftung NRW.

Der Kulturausschuß hat in einigen Bereichen nachgebessert. Er hat die Mittel für die Meisterchöre und vergleichbare Musikgruppen verdoppelt.

Er hat einen großen Schritt zur Verbesserung der Situation unserer drei Landesorchester getan.

Er hat den Etat des Mülheimer Filmbüros um 30 % gehoben; denn es mußte verhindert werden, daß aufgrund einer wohldotierten Kölner Filmstiftung bestehende Filmaktivitäten ins Abseits geraten.

Er hat die finanziellen Voraussetzungen geschaffen, daß sich in Mülheim das Internationale Dokumentarfilmzentrum gründen kann. (D)

Und in Düsseldorf kann 1990 ein "Frauenkulturbüro" seine Arbeit aufnehmen.

Und auch ich - ich hoffe, auch meine gesamte Fraktion - bin außerordentlich zufrieden, daß alle drei Fraktionen dieses Hauses Ihren Antrag haben unterstützen können, so daß 1990 die Aachener Planungen für ein dortiges jüdisches Gemeindezentrum durchgeführt und vielleicht 1990 beendet sein werden, daß aber auf jeden Fall 1991 mit dem Bau begonnen werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe wohl noch die Zeit, auf einige Perspektiven für die nächste Legislaturperiode hinzuweisen.

Wir - damit meine ich den gesamten Kulturausschuß - haben ein starkes Interesse an der Entwicklung der nordrhein-westfälischen Kunsthochschulandschaft. Die Filmhochschule in Köln wurde von diesem Parlament gegründet, um mit Hilfe einer qualifizierten

(Dr. Gerritz (SPD))

- (A) Filmemacherausbildung in breitester Form die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich in diesem Land eine Filmindustrie etabliert, die sich sehen lassen kann. Von den neuen Kunst- und Musikhochschulen erwarten wir eine verbesserte Kunsterzieherausbildung. Ich füge hinzu: Die Ausbildung der Germanisten ausschließlich als Literatur- und Sprachwissenschaftler bedarf dringend einer Überprüfung.

Ich hoffe - zweitens -, daß sich dieses Land in der nächsten Legislaturperiode zu einer Reform der Designerausbildung entschließt. Eine solche Reform stünde dem Industrieland Nordrhein-Westfalen gut zu Gesicht.

Drittens: Wir hoffen, daß im Bereich "Kunst im öffentlichen Raum" das Land mehr Mut an den Tag legt als in den verflossenen zehn Jahren und für unsere Gemeinden einige nachahmenswerte Exempel statuiert. Sollte man nicht wissen, was gemeint ist, möge man sich Münster zum Vorbild nehmen.

Viertens: In der nächsten Legislaturperiode sollte eine breite Diskussion über die Struktur von Kunstschulen zu Ende sein. Es sollten sich dann Modelle entwickeln, so daß die bildende Kunst in unserem Land eine ähnliche Chance erhält wie die Musik in Nordrhein-Westfalen.

- (B) Fünftens: Vor zwei Tagen war ich auf einem deutsch-ungarischen Kultursymposium. Neben mir saß ein Autor, der in Publikationen als der bekannteste derzeit lebende ungarische Autor bezeichnet worden ist. Keiner von uns Deutschen kannte ihn; keiner seiner Romane, keiner seiner Essaybände sind ins Deutsche übersetzt. Ich glaube, nach den Ereignissen in den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs, der hochgezogen worden ist, steht es uns in der Bundesrepublik gut an, uns dieser Defizite anzunehmen, die wir ererbt haben. Ich erinnere mich, 1956 über die ungarische Literatur gut Bescheid gewußt zu haben. Seit zwanzig Jahren weiß ich nichts mehr. Ich weiß etwas mehr zur Literatur der Tschechoslowakei. Das heißt also, wir haben nicht agiert, sondern haben immer auf politische Vorgänge reagiert. Wir müssen agieren. Und ich glaube, die Instrumentarien dafür haben wir in diesem Lande zur Verfügung.

(Paus (CDU): Nicht einmischen!)

Meine Damen und Herren, ich habe mich nicht nur bei allen Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion für erstaunlich viel Hilfe zu bedanken. Ich möchte mich auch, Frau Kollegin Matthäus, bei Ihnen, der kulturpolitischen

Sprecherin der CDU-Fraktion, und bei Ihnen, Frau Witteler-Koch, der F.D.P.-Kollegin, bedanken. Im Detail waren wir oft nicht einer Meinung. Das hat uns aber nie gestört. Unsere Ziele haben wir fest im Auge gehabt und wenn eben möglich gemeinsam angesteuert. Vergnügen hat uns das auch gemacht. Das sollte so bleiben, wäre mein Wunsch für die nächste Legislaturperiode.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Frau Abg. Witteler-Koch das Wort.

Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die moderaten Worte meines Vorredners Dr. Gerritz nehme ich gerne auf, gebe ich gerne zurück. Wir haben im Kulturausschuß sicherlich sehr gut zusammengearbeitet. Ich glaube auch gerade angesichts dieses Gremiums, daß ein Schulterschuß im Kulturausschuß sehr wichtig ist, denn alle schreien nach Kulturpolitik, aber letztendlich engagieren sich nur sehr wenige. Deshalb meine ich, daß es sehr, sehr wichtig ist, daß diejenigen, die sich in der Kulturpolitik engagieren, zusammenhalten.

Meine Damen und Herren! Heute ist ein Novum eingetreten - jedenfalls für die Kulturpolitiker. Heute ist nämlich der Kultusminister da, und sein Staatssekretär ist auch da.

(Zuruf des Ministers Schwier)

Beide haben wir bei allen Sitzungen zum Haushalt vermissen müssen. Es wäre für uns doch ganz interessant gewesen, mit diesen beiden die Details des Haushalts zu besprechen.

(Dr. Pohl (CDU): So war das früher mit der Gesamtkultur, als es nur einen Ausschuß für Schule und Kultur gab!)

Man sollte meinen, daß die Herren - die sind es ja in diesem Fall vorrangig - lernfähig sind; das scheint mit dem Ressort Schule aber nicht unbedingt etwas zu tun zu haben. Wir müssen über diesen Prozeß nachdenken, zumal viele Mitarbeiter dieses Gremiums nicht in der Lage waren, auf unsere Fragen zu antworten. Einige Antworten stehen bis heute aus. Dies muß gesagt werden, auch wenn die Zusammenarbeit innerhalb des Kulturausschusses recht gut ist und wir nichts weiter anmerken können.

Wir sollten uns bei dem Resümee der Kulturpolitik seit 1985 - auch mit Blick auf 1990 -

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.))

- (A) einmal darüber unterhalten, wie wichtig wir die Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände nehmen. Immer wieder gibt es von dieser Seite Anmerkungen, Ideen und Vorschläge. Diese fließen aber in keiner Weise in das ein, was die Landespolitiker und insbesondere die Landesregierung vorschlagen bzw. in den einzelnen Gremien vorlegen. Ich möchte ein Beispiel nennen!

Wir haben in diesem Jahr das Modellvorhaben KäBIS - Kulturell-ästhetische Bildung der Sinne - durchgeführt und konnten feststellen, daß sich vorrangig Großstädte beworben haben; ca. 80 % der ausgewählten Städte waren Großstädte. Das sollte uns zu denken geben, denn hier sollte die Beteiligung von Trägern und Förderern von Jugendkunstschulen angesprochen werden. Das sollte insbesondere kleine Gemeinden betreffen, diese aber wußten von dem Modellvorhaben so gut wie nichts. Ich denke, daß Informationen des Städtetags und anderer Gremien in die zukünftige Arbeit unbedingt eingebaut werden müssen. Dies sehe ich pars pro toto. Dies müßte generell für die nächste Zeit perspektivisch mit aufgenommen werden.

- (B) Der Städtetag hat sich des weiteren zur Mikat-Kommission geäußert. Wenn wir uns alle darüber im klaren sind, daß Kulturpolitik als Standortfaktor wichtig ist, müssen wir neben der so wichtigen Diskussion über Verkehrswege, Ver- und Entsorgung, Energie, Infrastruktur, Info- und Kommunikationstechniken auch daran denken, wie die kulturelle Landschaft in Nordrhein-Westfalen aussieht. Zu diesem Punkt finden Sie beispielsweise in dem Mikat-Bericht unter "Soziale Infrastruktur" ganz verschämt kursorische Bemerkungen zum Gesundheitswesen, zum Bildungs- und Freizeitangebot und zu kulturellen Einrichtungen. Das muß uns zu denken geben. Wenn wir alle fordern und wollen, daß sich kulturell etwas verändert, muß ein Umdenkprozeß in Gang kommen.

Bei zukünftigen Investitionen muß berücksichtigt werden, daß Kultur und kulturelle Aktivitäten die Situation in Nordrhein-Westfalen erheblich verbessern können. Da sind Rahmenbedingungen und Förderleistungen gefragt.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Wir sollten uns des Themas "Musisch-kulturelle Bildung" weiter annehmen. Dieses Thema wird zwar immer andiskutiert, aber letztlich nicht weiter konkret bearbeitet. Der Unterrichtsausfall in diesem Bereich ist sicherlich unstrittig. Wenn wir aber die Erwachsenen von morgen entsprechend prägen, ihnen die Angst auch vor kulturellen Einrichtungen nehmen wollen, ist

- (C) es sehr, sehr wichtig, mit der kulturellen Erziehung sehr früh anzufangen. Das muß meines Erachtens im Kindergarten beginnen. Da aber haben wir das alte Thema, das alte Problem: zu große Gruppen. Die Erzieherinnen, die zu dieser Arbeit in der Lage wären, können sie aufgrund der Gruppengröße nicht übernehmen. Flankierende Maßnahmen wie Musikschulen etc. sind nicht ausreichend vorhanden, oder aber es können die Lehrer nicht bezahlt werden. Die Kette läßt sich beliebig fortsetzen.

- (D) Dies ist, so denke ich, ein wichtiger Punkt, um im Erwachsenenalter das Verständnis für Kultur als selbstverständlich voraussetzen zu können. Es heißt immer, wir in Nordrhein-Westfalen hätten die dichteste Kulturlandschaft. Wie schon so oft diskutiert, stellt man bei näherem Hinsehen aber fest, daß die Zuschüsse im Ländervergleich sehr gering sind und daß wir doch nicht so gut dastehen. Die Landschaft in Nordrhein-Westfalen sieht auf den ersten Blick einzig und allein deshalb relativ gut aus, weil wir viele Großstädte nebeneinander haben, die ein sehr gutes Angebot bereithalten. Das liegt aber, um das zu betonen, vor allem daran, daß diese Städte mit sehr viel Phantasie und sehr viel Kreativität und vielen Sponsoren in der Lage waren, das kulturelle Angebot hochzuhalten, obwohl das Land in den letzten Jahren die Zuweisungen an die Gemeinden weiter gekürzt hat. Erst jetzt, da die Landtagswahl bevorsteht, stellt das Land den Gemeinden wieder mehr Geld zur Verfügung. Wir müssen auch bei diesem Punkt kritischer werden. Wenn die Gemeinden mehr Geld bekommen, sollten die Mittel nicht gebunden sein. Ich denke, daß den Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden müßte, frei zu entscheiden, welche Prioritäten sie setzen wollen. Wir Liberale setzen auf Autonomie der Gemeinden.

Gestatten Sie auch mir einen perspektivischen Satz nach vorn. Dr. Gerritz hat eben einige Gedanken vorgetragen, was wir in nächster Zeit behandeln müssen. Wir werden sehr offensiv das Thema der Museen behandeln müssen. Wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie wir mit den Ankaufsetats, mit den Bildern und sonstigen Kunstwerken in den Depots umgehen, meine Damen und Herren. Wir müssen die Möglichkeiten schaffen für Leihgaben und uns über Sicherung, Versicherung oder Staatshaftung - wir hatten bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz gerade einen aktuellen Fall - Gedanken machen. Wir müssen überlegen, wie diese Mechanismen gehandelt werden können, damit Museen in der Lage sind, Leihgaben zu machen und zu übernehmen. Um eine entsprechende Finanzierung sicherzustellen, muß es eine Regelung des Landes geben.

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.))

- (A) Über die Öffnungszeiten haben wir viel diskutiert. Das obliegt im Augenblick noch dem einzelnen. Da wir schon jetzt beim Dienstleistungsabend insgesamt flexiblere Öffnungszeiten in den Verwaltungen haben, werden sicherlich auch die Museen etc. nachziehen.

Es wird hier von Filmaktivitäten gesprochen, und es ist ein Antrag von der SPD-Fraktion gestellt worden, den Ansatz für die Filmförderung um 1 Million DM zu erhöhen.

Als charakteristisch für die Politik der Landesregierung ist festzustellen, daß hier wieder Geld ausgeschüttet wird, ohne vorher klarzumachen, welches Konzept sie verfolgt. Das muß ich im Namen meiner Fraktion deutlich machen: Erst in naher Zukunft wird es ein Gespräch darüber geben, wie wirtschaftliche und kulturelle Filmförderung optimal zusammenarbeiten können.

(Dr. Dammeyer (SPD): Wir haben doch das Filmbüro!)

- Das Filmbüro kenne ich, lieber Herr Dammeyer; das werden Sie hoffentlich auch kennen. Nur ist es damit nicht getan. Sie delegieren das an irgendwelche Institutionen; aber die Inhalte der Arbeit werden dabei außer acht gelassen - und das darf so nicht sein!

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

- (B) Ein weiterer Bereich ist für mich die Theater- und Museumspädagogik. Sie verlangen viel, geschehen tut wenig. Die Städte versuchen, einiges über AB-Maßnahmen aufzufangen; aber nach dieser Zeit ist auch wieder alles im Keime erstickt. Leider kann dann diese Arbeit nicht fortgeführt werden.

Ein dickes Problem sind für mich - genauso wie bei meinem Kollegen Wickel im Schulbereich - die Arbeitszeitverkürzungen, die die Orchester sehr stark treffen. Dafür haben wir bis heute keinen Ausgleich geschaffen. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir Hilfe gewähren und Ausgleich schaffen können.

Herr Dr. Gerritz sprach als besonders positives Element die neugeschaffenen Kooperationsmodelle an. Wir wissen aus dem letzten Jahr, aus dem Etat 1989, daß die Intendanten und die Kulturdezernenten mit den Kooperationsmodellen für 5 Millionen DM nicht sehr glücklich waren. Bis heute ist nicht ersichtlich, welches Konzept dahintersteht. Es gibt immer noch Unklarheiten über die Fördermechanismen usw. Bevor also wieder Geld ad hoc weitergegeben wird, sollte Klarheit geschaffen sein.

Auch hier ist es wichtig, daß mehr miteinander geredet wird. Es kann auch nicht weiterhelfen, wenn Herr Elschner zitiert wird: Die Finanzsituation der Städte hat sich einigermaßen gebessert. Wir sind durch die Landesmittel zu einem Waffenstillstand gekommen. Nun denn! Wir müssen, auch wenn dies zu einer Beruhigung geführt haben sollte, weiter darüber reden, wie wir mittel- und langfristig die Finanzierung von Theatern und Orchestern sichern.

Wir sollten aber die Debatte heute nicht vorziehen, da Ende des Jahres die Antwort auf die Große Anfrage der F.D.P. ansteht. Ich nehme an, daß wir im Januar eine sehr breite Kulturdebatte haben werden. Es wäre dann aber wichtig, daß wir dieses Thema zu Beginn einer Tagesordnung im Plenum debattieren, damit dann auch die, die von Kulturpolitik so viel reden, ein bißchen mehr davon mitbekommen.

Ich möchte zum Abschluß noch einmal auf einige Punkte eingehen, die der Städtetag Nordrhein-Westfalen sehr ausführlich debattiert hat.

Vizepräsident Dr. Riemer: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Dann darf ich noch einige abschließende Sätze sagen.

Mir geht es darum, daß die Landesregierung die vom Städtetag, vom Gemeindebund und all diesen Gremien vorgebrachten Aspekte mit einbezieht, diese Anregungen aus den Kommunen übernimmt und sie damit eben auch konstruktiv in die Überlegungen der Landeskulturpolitik einbringt.

Wir werden dem Haushalt nicht zustimmen können, weil wir das Konzept dafür vermissen. Wir werden dem CDU-Antrag, wie eben schon diskutiert und erkennbar gemacht, zustimmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Kuckart von der Fraktion der CDU das Wort.

Kuckart (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Zielsetzung teile ich die Meinung meiner Kollegin Hildegard Matthäus, in der Begründung kann ich sie nicht teilen; denn für mich sind Sport und Kultur zwei der wichtigsten Bereiche in der Zukunft, und ich halte es nicht für gut, die beiden gegeneinanderzustellen.

(Beifall bei CDU und SPD)

(C)

(D)

(Kuckart (CDU))

- (A) Ich bin durchaus der Meinung, daß sowohl für Sport als auch für Kultur nicht genügend getan wird.

Da ich auch dem Kulturausschuß angehöre, darf ich alle Kolleginnen und Kollegen bitten, miteinander dafür einzutreten, daß in der Zukunft Kultur und Sport einen höheren Stellenwert erhalten.

Ich darf darauf hinweisen, daß die Kultur in besonderer Weise von dem Vereinsfördergesetz der CDU-geführten Bundesregierung profitiert, indem sie nämlich erstmalig die Möglichkeit erhält, 60 000 DM steuerfrei im wirtschaftlichen Bereich und auch im Zweckbereich umzusetzen. Ich halte das für eine hervorragende Regelung. Hier hat der Sport eine Vorreiterrolle gespielt. Dieses Vereinsfördergesetz verdanken wir letztlich dem starken Drängen des Deutschen Sportbundes und der Landessportbünde. Hiervon hat die Kultur profitiert. Ich meine, Kultur und Sport sollten sich gegenseitig unterstützen und helfen.

Nun sind wir hier jetzt schon fast unter Ausschuß der Öffentlichkeit. Wir sind, wie man so schön sagt, "unter uns". Es hat daher keinen Zweck, hier für die Öffentlichkeit zu reden. Deswegen möchte ich gern die Gelegenheit nehmen, dem Ministerium und meinen Kollegen von der SPD-Fraktion ein ganz klein wenig ins Gewissen zu reden.

- (B) Gestern habe ich auf meinem Schreibtisch die neueste Schrift des Städte- und Gemeindebundes gefunden, Ausgabe Dezember 1989, mit einem Leitartikel von Johannes Eulering unter Überschrift: "Vom heuristischen Wert eines Leitbildes". Nun habe ich nicht gewußt, was "heuristisch" ist und habe heute morgen das Lexikon zur Hand genommen. Es stammt also von "heureka", und das heißt: "Ich hab's gefunden", "ich hab's" - Archimedes.

Und was hat Johannes Eulering gefunden? Die sportgerechte Stadt! Das heißt also: eine Stadt, die sportgerecht gebaut ist. Ich bin der Meinung, daß die SPD-Fraktion und das Ministerium jetzt nicht mehr für sich in Anspruch nehmen können, nicht zu wissen, worum es geht. Da das Ministerium und die SPD-Mehrheit das jetzt wissen, gehe ich davon aus, daß nun auch die Bereitschaft zwingend vorhanden ist, das an Mitteln bereitzustellen, was für diesen Weg dringend notwendig ist.

Wenn ich es also gefunden habe, muß ich es umsetzen. Deswegen, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, gibt es in der Tat zwei Punkte, über die wir uns ernsthaft

unterhalten müssen. Ich weiß natürlich auch, daß Sie sich in Ihrer Fraktion ungeheuer schertun, weil der Wert und die Bedeutung des Sports in Ihrer Fraktion noch nicht so hoch eingeschätzt werden. Ich mache Ihrer Fraktion auch keinen Vorwurf; aber es ist dringend notwendig, in diesem Bereich zukünftig mehr zu tun. (C)

(Zustimmung bei der CDU)

Es gibt also zwei Punkte. Punkt Nr. 1 die sportgerechte Stadt. Die Zukunftsaufgabe heißt demnach Sportstättenbau. 1980 haben wir, wie Sie nachlesen können, noch knapp 250 Millionen DM im Landessportplan gehabt, 1990 haben wir 70 oder 80 Millionen DM, also nur noch ein Drittel dessen, was 1980 zur Verfügung stand. Und laut Johannes Eulering - Heureka! Ich hab's gefunden! - ist aber wesentlich mehr notwendig als 1980. Also, meine Damen und Herren, ist es doch dringend erforderlich, hier mehr Mittel bereitzustellen.

Nun hat die CDU-Fraktion Ihnen ja eine goldene Brücke gebaut. Wir hatten ja beantragt - "sportgerechte Stadt" heißt ja: nicht nur aus den Geldern des Kultusministeriums, nicht nur aus Schulbaumitteln, sondern "sportgerechte Stadt" heißt ja: für alle Menschen! -, wir hatten nun gesagt: Also wollen wir das zwar quantitativ, aber auch qualitativ verbessern. Und wir haben vorgeschlagen, daß 40 Millionen DM für den Sportstättenbau aus der Städtebauförderung kommen sollen. Dem haben Sie nicht zugestimmt. (D)

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wenn Sie den Sport also so eingrenzen, dann werden Sie den Mitgliedern Ihrer Fraktion auch nicht deutlich machen können, welchen neuen und anderen Wert der Sport heute hat und in der Zukunft haben wird.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das Problem. Deshalb bin ich sehr erstaunt darüber, daß Sie nicht bereit gewesen sind, diesem Deckungsvorschlag - wir haben ja nicht mehr gefordert -, zuzustimmen und diesen Weg mit uns zu gehen.

Das zweite ist da ZIM-Programm. Es heißt ja jetzt ZIN-Programm. Da hat der Präsident Richard Winkels, wirklich mit leuchtenden Augen, ein Schreiben des Ministerpräsidenten dem Hauptausschuß des Landessportbundes vorlesen können, und die Anwesenden bekamen dann auch alle leuchtende Augen; denn in diesem Schreiben stand, daß es in der

(Kuckart (CDU))

- (A) Zukunft möglich sein werde, aus diesem Programm auch Sportstätten zu fördern. - Und damit war es dann getan. Der Luftballon ist zerplatzt. Nichts als Luft. Kein einziger Pfennig ist aus diesem Programm gekommen.

(Zuruf von der F.D.P.: Heiße Luft!)

Meine Damen und Herren, das liegt einfach daran - und davon wollen Sie nicht abgehen -: Wenn Sie die Zukunft also gestalten wollen, müssen Sie politisch entscheiden. Sie können diese Entscheidung nicht der Konsensbildung von gesellschaftlich relevanten Gruppen in der Region überlassen.

(Beifall bei der CDU)

Dann wird dort nie eine Sportstätte gebaut werden.

Es ist also dringend notwendig, dieses System zu ändern, damit auch für die Infrastruktur einer Region, wo dieses dringend erforderlich ist, Sportstätten gebaut werden können. Wir hätten ein gutes Beispiel - ich hoffe, Sie werden uns darin folgen; Bernd Feldhaus ist ja auf dem gleichen Weg -: das Münsterlandstadion. Das ist für die Infrastruktur des Münsterlandes dringend notwendig, genauso - Hans Rohe soll jetzt nicht das Gesicht verziehen - wie demnächst das Stadion in Bielefeld.

(Zurufe von der SPD)

- (B) - Ich weiß, daß Sie keinen Antrag gestellt haben. Das heißt aber nicht, daß es für die Struktur des Raumes nicht notwendig ist. Wir könnten also hier - wir sind bereit dazu - mit Mitteln dieses Programms Zuschüsse geben, damit diese Stadien ausgebaut werden können. Darüber sollten wir uns ernsthaft unterhalten. Das gehört heute zur Infrastruktur eines Raumes: ein entsprechendes Stadion, das also dem gesamten Raum dient und das bei zunehmender Freizeit eine große Rolle spielt. Ich wäre Ihnen also sehr dankbar dafür, wenn Sie uns in Zukunft auf diesem Wege folgen würden.

Das zweite große Problem ist die Partnerschaft mit dem Landessportbund. Darüber, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wird viel geredet; aber finanziell wird dafür in der Tat wenig getan. Partnerschaft bewährt sich in schlechten Zeiten. Partnerschaft in guten Zeiten ist nicht so gefordert.

(Beifall bei der CDU)

Und, meine Damen und Herren, der Landessportbund hat schlechte Zeiten. Er hat sie

aufgrund einer Entwicklung im "Spiel 77", das sehr stark - etwa 4 Millionen DM - rückläufig ist. Der Landessportbund hat schlechte Zeiten, indem er nicht mehr in der Lage ist, Aufgaben, die eigentlich von der Landesregierung wahrgenommen werden können, noch weiterhin finanziell abzudecken. Er kann die Aufgaben zwar durchführen. Das ist immer noch billiger, als wenn wir es von Staats wegen täten. Aber wir müssen bereit sein, ihn bei der Durchführung dieser Aufgaben finanziell zu unterstützen.

Der Landessportbund ist in seiner Substanz gefährdet. Daran können Sie nicht vorbeireden. Richard Winkels und das Präsidium werden dies auch bestätigen, und in Gesprächen mit Ihnen ist das auch gesagt worden. Also beweisen Sie jetzt Partnerschaft mit dem Landessportbund, indem Sie ihm helfen!

Das nächste Problem sind die Übungsleiter. 1980 hatten wir 45 000 Übungsleiter; wir zahlten 22 Millionen DM. 1990 haben wir etwa 65 000 Übungsleiter und zahlen 20 Millionen DM. Darin ist die 1 Million schon enthalten.

Meine Damen und Herren, die Bezuschussung der Übungsleiter ist neben dem Sportstättenbau das weitere wichtige Problem. Auch hier bitte ich Sie - Sie haben unseren Antrag, 3 Millionen DM mehr einzusetzen, ja abgelehnt -, in der Zukunft größere Bereitschaft zu zeigen, damit wir die soziale Offensive im Sport, damit wir den Sport in unserem Lande weiter vorantreiben können!

Herr Minister Schwier, ich habe Ihnen dieses schon einmal gesagt: Sie beklagen die Zweiklassengesellschaft im Sport durch kommerzielle Anbieter. Die Politik dieser Landesregierung will es nicht. Aber die Politik dieser Landesregierung fördert die Zweiklassengesellschaft, weil wir nicht bereit sind, genügend Sportstätten zur Verfügung zu stellen, weil wir nicht bereit sind, in genügendem Umfang das ehrenamtliche Engagement zu unterstützen. Deshalb darf ich Sie herzlich und dringend auffordern, in diesem Bereich in der Zukunft etwas mehr gemeinsam mit uns auf diesem Weg voranzuschreiten; wir sind gern bereit, Sie zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Nun möchte ich Ihnen nicht das vorhalten, was bei der Anhörung der Institute für Sportwissenschaft herausgekommen ist. Aber, meine Damen und Herren, ich empfehle Ihnen dringend - und nicht nur der Wissenschafts-

(C)

(D)

(Kuckart (CDU))

- (A) ministerin,⁹ sondern auch Ihnen, Herr Kultusminister -, das Protokoll über diese Anhörung der Sportwissenschaftler durchzulesen. Die Ausführungen waren sehr ernst. Sie stellen uns ein schlechtes Zeugnis aus, Ihnen als Landesregierung, letztlich uns als Sportausschuß auch, weil wir uns nicht durchgesetzt haben, und wir sollten die Dinge, die dort die Sportwissenschaftler angeführt haben, ernst nehmen.

Weil dieser Landessportplan wie in den vergangenen Jahren in der Tat keine Zukunftsperspektiven aufzeigt, Herr Minister, können wir ihm auch nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Herder von der Fraktion der SPD.

Herder (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Haushalt markiert das schrittweise Fortschreiten der Sportpolitik. Dieser Haushalt steht zwischen den Legislaturperioden. Noch weiter von außen betrachtet: Er steht zwischen den Jahrzehnten. So hat es Kollege Kuckart ja soeben auch angesprochen.

So bietet es sich an, diesen Haushalt auch aus einem anderen weiteren Blickwinkel zu betrachten. Wir müssen ihn auch aus dem Blickwinkel der Entwicklung der Sportpolitik in unserem Lande Nordrhein-Westfalen betrachten. Und Herr Kollege Kuckart hat hier ein Zerrbild aufgezeigt.

(B)

(Lebhafter Widerspruch des Abg. Schauerte und anderer Abgeordneter der CDU)

- Sie mögen noch so laut schreien, Herr Schauerte; er hat ein Zerrbild aufgezeigt, das überhaupt nicht mit der täglichen Politik übereinstimmt, die Kollege Kuckart mit uns gemeinsam hier durchzieht.

(Dr. Pohl (CDU): Das ist Ihre Uneinsichtigkeit!)

- Das mögen Sie meinen, Herr Kollege Pohl. Ich habe das heute mittag schon einmal gesagt. Herr Kollege Pohl, wenn ich Ihren persönlichen Opportunismus in puncto Flughafen Köln betrachte, dann stehen mir permanent die Haare zu Berge.

(Zuruf des Abg. Kuckart (CDU))

Wir blicken zurück auf eine erfolgreiche Periode der Sportpolitik. Wir haben erfolg-

reich Grund gelegt für eine weitere Entwicklung der Sportpolitik im nächsten Jahrzehnt. Dabei begannen die 80er Jahre - Kollege Kuckart hat es ja schon angesprochen - aus dem Blickwinkel der Sportpolitik gesehen nicht gerade mit günstigen Vorzeichen. Sparen lautete die Devise der Haushälter, und gespart wurde, nach meiner Auffassung und nach heutiger Auffassung der SPD sicherlich zu stark. Heute können wir aber sagen: Wir haben es geschafft. Wir haben eine solide Grundlage geschaffen für die Sportpolitik des nächsten Jahrzehnts. Wir haben den Finanzminister und auch die SPD-Fraktion überzeugt, wie wichtig die Sportpolitik ist. Wir haben sie überzeugt, wie wichtig der Sportstättenbau ist.

(C)

Herr Kollege Kuckart, Sie wissen ganz genau, wieviel Geld wir gerade für den Sportstättenbau hinzugewonnen haben. Sie wissen genauso gut, daß gerade wir es gewesen sind - Sie haben es vielleicht jetzt erst gelernt -, die darauf hingewiesen haben, wie wichtig es ist, eine sportgerechte Stadt herbeizuführen.

Gerade die Sportpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen, nämlich die von Minister Schwir und der Sportabteilung, die von Herrn Eulerling geleitet wird, hat die Vordenkerrolle für die gesamte Sportpolitik in Deutschland.

Sie wissen das sehr genau. Von daher wird man Ihre Angriffe, die ich verstehen kann - der 13. Mai naht ja -, mit Lockerheit ertragen können. Aber die Wahrheit ist anders. Wir wissen sehr genau, daß wir in Nordrhein-Westfalen die mit Abstand beste konzeptionelle Sportpolitik haben. Also, ich weiß nicht - aber vielleicht liegt es am 13. Mai. Ich hätte fast gesagt: "mea culpa". Es ist ja aus Ihrer Sicht überzogen; sie müßten da vielleicht manchmal "mea culpa, mea maxima culpa" sagen.

(D)

(Dr. Pohl (CDU): Mein Gott!)

- Na, als Katholik versteht man das noch.

(Dautzenberg (CDU): Meßdiener!)

- Auch Meßdiener war ich; das gestehe ich zu, Leo.

(Dautzenberg (CDU): Von daher kennt er Weihrauchschwenken!)

Wir verfügen im Landessportplan über einen Bewilligungsrahmen für den Sportstättenbau von rund 100 Millionen DM. Rechnen wir noch die Mittel hinzu, die aufgrund der Beschlüsse der Landesregierung dem Landessportbund

(Herder (SPD))

- (A) zur Verfügung stehen, können sich unsere Mittel für den Sportstättenbau gut sehen lassen.

Auch ist in die Übungsleiterbezuschussung, der Honorierung der Übungsarbeit in den Sportvereinen, Bewegung gekommen.

Auch wir würden sicherlich wesentlich mehr Geld ausgeben wollen. Nur, wer wie wir und auch wie Sie von der CDU-Opposition permanent die 100 Milliarden Defizit lauthals anprangert, der darf dann nicht entscheidende Positionen zusätzlich verlangen. Der Steuerzahler muß jeden Kredit, den wir aufnehmen, bezahlen. Ich danke der Landesregierung dafür, daß sie den Ansatz in diesem Jahr erhöht hat. Mir wäre es auch lieber, wenn das wesentlich mehr wäre; nur der Steuerzahler muß das alles bezahlen.

(Dr. Pohl (CDU): So einfach kann man sich das machen.)

Die Breitensportprogramme in Nordrhein-Westfalen laufen in großer Breite weiter. Das Breitensportprogramm mit der systematischen Ausdehnung des Sports für alle

(Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU))

- Herr Doppmeier, Sie werden sich heute auch wieder beruhigen - ist bundesweit einmalig.

- (B) Aussiedler- und Übersiedlerprogramme wurden in Nordrhein-Westfalen schon erprobt, als bundesweit und besonders bei der Bundesregierung noch niemand über solche Aufgaben nachgedacht hatte. Mir liegt dieses Programm vor allem in diesen Tagen besonders am Herzen.

Zur erfolgreichen Sportpolitik im Lande Nordrhein-Westfalen hat die Sportfraktion - sie geht durch alle drei Fraktionen; von daher ist das, was Kollege Kuckart gesagt hat, sicher etwas anders zu werten - ihren guten Beitrag geleistet, einvernehmlich, bis auf wenige Nuancen. Ich bedanke mich ausdrücklich für die Zusammenarbeit mit den anderen beiden Fraktionen.

(Dr. Pohl (CDU): Heute haben sie ihn verdonnert, zu loben!)

- Nein, überhaupt nicht! Nur, Herr Kollege, wenn man Gemeinsamkeiten hat und wenn es hier in diesem Hause - die Finanzminister haben ja immer davor gewarnt - eine Sportfraktion gegeben hat, dann sollte man auch diese positiven Punkte herausstellen und nicht nur die negativen einem plakativ unter die

(C) Nase halten. Es gibt wirklich im Bereich des Sports weitestgehend Übereinstimmung. Es gibt nicht diese Exzesse, wie sie uns manchmal in der Schulpolitik hier vorgeführt werden.

(Zurufe von der CDU)

- Exzesse; etwas anderes kann ich dazu nicht sagen.

(Zuruf von der CDU: Dammeyer!)

- Nun, ich kenne jemand anderen, Herr Kollege, der ganz anders dazu beiträgt.

Ich wäre nunmehr froh, wenn endlich in Bonn auch etwas in puncto unseres gemeinsamen Antrags "Sport und Umwelt" geschähe, wenn in Bonn die rechtliche Absicherung des Sporttreibens in den Wohngebieten, besonders in den Städten vorangetrieben würde.

In unsere positive Bilanz möchte ich ausdrücklich die Große Anfrage der F.D.P. zum Sport in Kindergarten, Schule und Hochschule einbeziehen. Die Diskussion über die weitere Ausgestaltung des Sports im Bildungsbereich darf nicht erlahmen. Ich glaube, daß wir in der nächsten Wahlperiode über diese Aufgabe einmal dringend nachdenken müssen. Auch nach meiner Auffassung ist da ein Feld, auf dem wir etwas mehr tun müßten.

(D) Wir Sozialdemokraten haben eine besondere Initiative im Bereiche "Sport und Gesundheit" ergriffen. Mit dieser Entschloßung haben wir die Wege für den Sport in den 90er Jahren gezeigt. Verstärkung der gesundheitsbezogenen Sportförderprogramme, Ausbau des "Sports für alle" werden weiter im Mittelpunkt unserer Sportaktivitäten stehen. Wir werden aktiv mithelfen, damit der Sport seine Möglichkeiten künftig noch weiter entfalten kann.

Mit den zuständigen Verbänden sehen wir Aufgaben des Sports im Bildungs- und Sozialsektor, in der Jugend- und Altenpolitik, aber auch in der Städtebaupolitik und im Umweltschutz. Deswegen bin ich noch immer sehr betroffen über die Ausführungen des Kollegen Kuckart, der uns anläßlich der Debatte über das Dopingproblem vorgeworfen hat, wir würden uns mit Randproblemen des Sports auseinandersetzen. Herr Kuckart, Sie sagen, wir machten den Sport schlecht.

(Kuckart (CDU): Das ist kein Sportproblem!)

- Sie haben es immer noch nicht verstanden, Herr Kollege, daß das für den Sport und für die Gesellschaft ein äußerst wichtiges Thema

(Herder (SPD))

- (A) ist, mit dem sich die Politik beschäftigen muß.

(Zustimmung bei der SPD - Kuckart (CDU): Für die Gesellschaft!)

- Für den Sport und für die Gesellschaft! Ich weiß nicht, ob Sie es nicht verstehen, ob Sie es nicht verstehen wollen oder ob Sie meinen, daß Sie auf dem Hintergrund des 13. Mai opponieren müßten. Ich verstehe es nicht; ich habe es vorige Woche schon gesagt. Mir wäre es lieber, wenn ich das hier nicht sagen müßte. Herr Kollege Kuckart, es gibt im Sport nicht nur positive Seiten, sondern auch negative Seiten. Dann muß man versuchen, diese negativen Seiten gemeinsam wegzubekommen, und nicht nur einfach nicht darüber diskutieren. Das ist der Grund gewesen, weshalb wir das hier diskutiert haben: um Wege aufzuzeigen, wie wir das wegbekommen wollen. Aber Sie scheinen das nicht verstehen zu wollen. Nun gut, vielleicht ist das ein Lernproblem. Vielleicht müssen wir Ihnen dabei behilflich sein, das verstehen zu können.

(Schauerte (CDU): Hochmut kommt vor dem Fall!)

- (B) - "Hochmut kommt vor dem Fall!", da gebe ich Ihnen; Herr Schauerte, sehr schnell recht. Nur wenn ich hier in dieser Form zweimal das Gleiche höre und auch auf Seiten der Bundesregierung sehe, daß Sie dieses Problem erkannt hat und der Kollege Kuckart das Problem nicht erkennen will, dann muß man das hier deutlich ansprechen.

So möchte ich am Ende dieser Legislaturperiode eine kleine Bilanz mit einem doppelten Dank schließen: Mein erster Dank geht an die Sportvereine und Sportverbände, die in ehrenamtlichem Dienst Unersetzbares leisten.

Es ist vielfach bestätigt worden, daß unsere Sportpolitik dafür gute Rahmenbedingungen geschaffen hat, daß unser partnerschaftliches Zusammenwirken von den Sportorganisationen unseres Landes nicht nur akzeptiert, sondern rundherum anerkannt worden ist.

Ich möchte der Landesregierung und mit ihr dem Sportminister Hans Schwier und der Sportabteilung für die so vorwärtsweisende Sportpolitik, die er verantwortlich geleitet hat, danken.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wenn andere Bundesländer dazu übergehen, das Programm der Gesundheitserziehung in den Schulen mit den Mitteln des Sportes zu

- (C) übernehmen und uns der Bundesausschuß Leistungssport nachdrücklich und öffentlich bestätigt, daß das Programm Talentsuche und Talentförderung einmalig und zukunftsweisend in der Bundesrepublik ist, dann sind dies nur zwei kleine Beispiele für das, was ich mit meinem Dank aussprechen wollte.

Es bleibt aber immer noch viel zu tun. Daß es nicht gelungen ist, den Sport auf Bundesebene in das Strukturhilfegesetz einzubeziehen, ist ein Mangel, den wir mehr und mehr spüren.

Da die Mikat-Kommission den Sport zwar benennt, aber in die Programmatik nicht einbezieht, ist das ein Defizit. Das bedaure ich sehr, weil viele Leute nicht wissen, welchen Stellenwert der Sport hat, weil sie eben unter Sport nur verstehen, daß Bremen gegen Neapel 5:1 gewonnen hat; nicht mehr und nicht weniger.

Die 90er Jahre warten auf den Ausbau unserer Sportpolitik. Deswegen möchte ich mit einigen Gedanken, die ich schon andernorts so formuliert habe, schließen: Wir bieten allen Sportlern und allen, die in den Sportorganisationen unseres Landes Verantwortung tragen, unsere Gesprächsbereitschaft an.

Wir werden versuchen, in diesem Dialog klar zu sagen, was wir erreichen können und was wir für nicht vertretbar halten.

- (D) Glaubwürdigkeit soll die Grundlage unseres Handels bleiben. Wir wollen, ohne die Selbstbestimmung des Sportes einzuschränken, in der Politik mithelfen, die schwieriger werdenden Gegenwarts- und Zukunftsprobleme des Sports zu bewältigen.

Wir wollen das unsere tun, damit auch im Sport gültig bleibt: Nordrhein-Westfalen ist ein Standort mit einem hervorragenden Rangplatz!

(Beifall bei der SPD - Dr. Pohl (CDU): Müssen wir jetzt aufstehen?)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die F.D.P.-Fraktion spricht Herr Abg. Dorn. Ich erteile ihm das Wort.

Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir Freien Demokraten betrachten die Unterstützung des Sports als Pflichtaufgabe für den Bund, die Länder und die Gemeinden. Verantwortungsbereiche und Kontrollfunktionen der an der Sportförderung beteiligten Partner sind dabei klar abzugrenzen. Im Bereich des Landes Nordrhein-Westfalen nimmt die Förderung des

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Breiten- und Freizeitsports die zentrale Stellung ein. Es ist nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, den Berufssport zu fördern.

Der Verein ist der entscheidende Träger sportlicher Betätigung. Freizeit-, Breiten- und Leistungssport haben dort ihre gemeinsame Grundlage. Die Vereine sollen sich auch zukünftig weiter selbst verwalten können.

Voraussetzung hierfür sind die Verbesserung der Bedingungen ehrenamtlicher Mitarbeit sowie eine verstärkte Förderung der Übungsleiter.

Gesetze, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien der öffentlichen Verwaltung sind zu vereinfachen; Land und Gemeinden sollen die Vereine im partnerschaftlichen Verhältnis materiell und ideell hinreichend unterstützen. Die eigenen Kräfte und Mittel des Sports reichen in den meisten Fällen nicht aus, die ihm überantworteten Aufgaben zu erfüllen.

Die öffentliche Hand hat daher durch finanzielle Unterstützung und steuerliche Entlastung Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Die Erhöhung der Übungsleiterpauschale ist von der F.D.P. fest vorgesehen; wir haben sie ja auch schon im Ausschuß beantragt. Leider ohne Erfolg.

- (B) Meine Damen und Herren! Der Verein ist die Kernzelle sportlicher Betätigung. Im Verein haben Freizeit-, Breiten- und Leistungssport ihre gemeinsame Grundlage. Die Vereine sind am besten in der Lage, umfangreiche sportliche Aktivitäten anzubieten.

Bund, Länder und Gemeinden müssen daher die Vereine im partnerschaftlichen Verhältnis materiell und ideell unterstützen, und dazu gehört auch, daß die Vereine eigene Initiativen entwickeln und zur Pflege und Erhaltung der ihnen anvertrauten Sportanlagen beitragen.

Wenn fehlendes Eigenkapital durch Eigenleistung der Mitglieder ersetzt wird, soll dieses planungsrechtlich und finanztechnisch angemessen berücksichtigt werden und nicht - wie das zur Zeit geschieht - mit einem Stundenlohnanteil von 15 DM.

Meine Damen und Herren! Die Mediziner beklagen in zunehmendem Maße bei unseren Schülerinnen und Schülern orthopädische und Kreislautschäden. Dies unterstreicht die Notwendigkeit des fachgerechten Sportunterrichts für die gesundheitliche Erziehung der Jugend. Der überdurchschnittlich hohe Unterrichtsausfall im Schulfach Sport an

allgemeinenbildenden Schulen - besonders aber auch an berufsbildenden Schulen - muß abgebaut und ein entsprechender Lehrernachwuchs eingestellt werden.

Der Schulsport bietet die unwiederbringliche Möglichkeit, die Bereitschaft zu lebenslangem Sporttreiben zu entwickeln.

(Beifall bei der F.D.P. - Beifall des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Er ist nicht nur Mittler zwischen Breitensport und Leistungssport, sondern auch von herausragender Bedeutung für die Bildungs-, Sozial-, Freizeit- und Gesundheitspolitik.

Der Sport in der Hochschule ist für die Studenten ein wichtiger Bildungs- und Integrationsfaktor. Er ist an allen Hochschulen zu unterstützen und nicht nur dort zu realisieren, wo es sportwissenschaftliche Institute gibt.

Ich kann auch an dieser Stelle nur das unterstreichen, was der Kollege Kuckart zu der Anhörung der Sportwissenschaftler gesagt hat, Herr Minister: Es wäre gut, wenn Ihre Kollegin im Wissenschaftsbereich diese Protokolle einmal einer ernsthaften Prüfung unterziehen würde.

Über den Leistungs-, Breiten-, Freizeit- und Behindertensport haben wir klare Aussagen gemacht, die ich jetzt hier im einzelnen nicht noch einmal wiederholen möchte.

Bei der Beratung dieses Etats beantragt die CDU zusätzlich 8 Millionen DM, ohne allerdings einen Deckungsvorschlag einzubringen.

Wir wären bereit - und wir haben das ja auch schon im Ausschuß beantragt, Herr Kollege Kuckart -, die Übungsleiterpauschale mit 1 Millionen DM weiter zu erhöhen. 3 Millionen DM scheinen uns nicht realistisch zu sein.

Nun beantragte die SPD zusätzlich 10 Millionen DM an Barmitteln und 10,4 Millionen DM zusätzlich an Verpflichtungsermächtigungen, was sie dann auch durchgesetzt hat, ebenfalls ohne einen Deckungsvorschlag dazu einzubringen. Das erinnert mich doch sehr an das Jahr 1988, wo die SPD-Fraktion ebenfalls die Etatmittel während der Ausschußberatungen ohne Deckungsvorschläge erhöht hat. Und das erinnert mich wiederum an einen Brief, den der Vorsitzende des Sportausschusses, Herr Kollege Rohe, an einen Sportverein geschrieben hat, der zusätzliche Mittel für bestimmte Maßnahmen in seinem Bereich haben wollte. Herr Kollege Rohe hat in diesem Brief

(C)

(D)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) den Sportvereinsmitgliedern mitgeteilt, das sei deshalb nicht möglich, weil dazu kein Deckungsvorschlag vorhanden sei, und der Sportausschuß könne nur über Mittel entscheiden, wenn Deckungsvorschläge gemacht würden. Herr Kollege Rohe, Sie selbst haben das ja ständig ad absurdum geführt:

(Rohe (SPD): Das kann man doch nicht als Beispiel bringen!)

bei den vorjährigen und bei den jetzigen Haushaltsberatungen. Es wäre also sinnvoll, solche Briefe dann nicht in die Welt zu setzen, weil sie einfach nicht den Tatsachen entsprechen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Eine zweite Bemerkung möchte ich an die Adresse des Ministeriums richten, Herr Minister. Wir haben uns im Ausschuß darüber unterhalten müssen, wieso eigentlich aus dem Etat Ihres Hauses 400 000 DM für eine Einrichtung der Arbeiterwohlfahrt hier in Düsseldorf gezahlt werden.

(Schauerte (CDU): Ja!)

Dieses Thema ist so in der Beratung und Entscheidung Ihres Hauses einfach nicht mehr länger hinzunehmen. Wenn die Arbeiterwohlfahrt für irgendwelche Maßnahmen Geld haben will, dann muß sie sich mit Herrn Heinemann und seinem Haushalt auseinandersetzen,

(B)

(Zustimmung bei der CDU)

sie kann nicht mit 400 000 DM aus dem Sporthaushalt des Landes bedient werden.

Wir haben im Sportausschuß den Antrag gestellt, den Haushaltsansatz von 5 Millionen DM - davon 2,5 Millionen DM für Zuweisungen an Gemeinden und 2,5 Millionen DM für laufende Zwecke im Inland - für die Olympischen Spiele, ihre Vorbereitung und die Bewerbung um die Ausrichtung, so nicht zu akzeptieren. Dieser Haushaltsansatz von 5 Millionen ist nach unserer Auffassung viel zu hoch, und er ist auch, besonders nach der Entwicklung der letzten Zeit, nicht realistisch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben beantragt, diesen Titel um 4 Millionen DM zu kürzen, so daß nur noch 1 Millionen DM übrigbliebe.

(Ruppert (F.D.P.)): Das reicht auch!)

Wir wollten von diesen 4 Millionen DM 1 Million DM zusätzlich für die Übungsleiter in

- den Vereinen ausgeben, wir wollten 100 000 DM mehr für den Leistungssport für Behinderte und 100 000 DM mehr für Talentsuche und Talentförderung ausgeben. (C)

(Zuruf von der SPD: Mehr nicht?)

Wir meinen, das wäre eine viel sinnvollere Verwendung dieser Gelder aus dem Sportetat gewesen. Wir bieten dafür ja auch eine ganz konkrete Deckung aus dem Haushalt an. 2 Millionen DM wollten wir den Gemeinden für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten geben, und 800 000 DM wollten wir für eine neue Position im Haushalt verwenden, die die Bezeichnung erhalten soll: Zuschüsse zu den Eigenleistungen von Vereinen zur Erhaltung vorhandener Sportstätten.

Herr Minister, diese neue Position hat nach unserer Meinung eine ganz besondere Bedeutung, weil wir durch eine Vielzahl von Veranstaltungen draußen im Lande immer wieder festgestellt haben, daß die Vereine, vor allen Dingen in Landkreisen, wo in einer kleinen Stadt sechs, sieben oder acht kleinere Vereine sind, nicht mehr in der Lage sind, ihre eigenen Sportanlagen und Sportheime zu unterhalten, und daß die kleinen Gemeinden auch nicht in der Lage sind, die entsprechenden kommunalen Zuschüsse zu geben. Hier sollte endlich einmal geholfen werden. Wir werden Anfang des nächsten Jahres vorschlagen, daß sich der Sportausschuß einmal bei zwei, drei Städten in einem Landkreis umsieht, um zu erleben, wieviel Idealismus und wieviel Kosten und Betteleien notwendig sind, um die vereinseigenen Sportanlagen zu erhalten.

(D)

(Zustimmung bei der F.D.P. sowie der Abg. Dr. Worms und Dr. Pohl (CDU))

Hinzu kommt: Die 5 Millionen DM für die Olympiade, Herr Minister, muß man dann auch einmal im Verhältnis zu den Kosten der Olympiade sehen, die wir zuletzt in unserem Lande, in München, hatten. Der Bund hat damals 311 Millionen DM gezahlt, davon 259,5 Millionen für Investitionen in München. Dann wurden 9,8 Millionen für Investitionen in Kiel geleistet. Das Land Bayern hat 154 Millionen DM gezahlt, die Stadt München 154 Millionen DM, das Land Schleswig-Holstein 7,7 Millionen DM, die Stadt Kiel 7,7 Millionen DM. Und für die Organisation der Olympiade in München und Kiel - für die gesamten Organisationskosten - wurden 42 Millionen DM erforderlich.

Und jetzt bringen Sie allein 5 Millionen DM für das nächste Jahr aus und wollen in den

(Dorn (F.D.P.))

- (A) nächsten Jahren ebenfalls 5 Millionen DM nur für die Vorbereitung auf nationaler Ebene ausgeben. Hamburg, Stuttgart, Frankfurt bringen ebenfalls Gelder aus, vielleicht auch noch die Länder; das habe ich im Moment nicht nachvollziehen können. Wenn man das zusammenzieht, wird allein für die Interessenpositionskämpfe im eigenen Land soviel Geld ausgegeben, wie die ganze Olympiade in München an Organisationskosten erfordert hat. Das kann doch im Sinne einer vernünftigen sportpolitischen Position und Qualitätsbestimmung wirklich nicht hingenommen werden.

Außerdem sehen viele, die die Dinge im sportlichen und im sportpolitischen Bereich sehr nüchtern beurteilen, die einzige Chance für olympische Spiele in Deutschland, wenn sie in Berlin durchgeführt werden können, was für eine friedenspolitische Initiative besondere Bedeutung haben könnte.

Ich bitte zu überprüfen, meine Damen und Herren von der SPD, ob es nicht sinnvoll ist, diese 5 Millionen DM erst einmal qualitativ zu sperren und eine Konzeption zu entwickeln - die ja auch nicht vorhanden ist -, was man mit diesen 5 Millionen DM machen will.

- (B) Letzte Bemerkung zum Sportbereich! Herr Minister, 80 Prozent Ihrer Ausgaben im Haushalt sind für Besoldung: für Lehrer, das Ministerium, die Verwaltungen. Dazu will ich gar keine kritische Bemerkung machen; das ist nun einmal so. Kultur und Sport brauchen aber nach meiner Meinung eine andere Qualität der Vertretung Ihres Hauses innerhalb des Parlaments und auch in der Öffentlichkeit.

Deswegen bitte ich die Landesregierung, doch einmal ernsthaft zu prüfen - das ist ein Vorschlag, den ich mit meinem Fraktionsvorsitzenden abgestimmt habe -: Wenn das Institut eines Parlamentarischen Staatssekretärs in einer Landesregierung jemals eine Berechtigung hat, dann wäre es die, innerhalb Ihres Hauses nicht für die Bildungspolitik, sondern für den Kulturteil und für den Sportteil eine wirkliche Position zu übernehmen. Das wäre eine sinnvolle Ergänzung der Regierungstätigkeit.

(Beifall bei F.D.P. und CDU sowie des Abg. Dr. Gerritz (SPD))

Frau Vizepräsident Friebe: Ich erteile das Wort Herrn Minister Schwier.

Schwier, Kultusminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe bewußt alle drei Runden in einer zu-

sammengezogen. Ich stehe also unter der Disziplin der 10 Minuten. (C)

Mir ist bei den meisten Sprechern und Sprecherinnen der Opposition das Märchen vom kleinen Häwermann eingefallen, der, in seinem Kinderbett sitzend, zum Mond fahrend, immer gerufen hat: Mehr, mehr! Er ist dabei fast abgestürzt - zum Glück hat er nur geträumt.

Ich bin ganz sicher, hier nicht zu träumen.

(Doppmeier (CDU): Na, na.)

Ich erinnere mich aber noch sehr gut, wie Herr Schauerte in der ersten Lesung diese Landesregierung einer wilden Verschwendung bezichtigt hat. Ich bin ganz sicher: In der dritten Lesung werden wir das schon wieder hören. Von daher ist eine Politik des schlichten Mehr doch wohl ein bißchen zu einfach gestrickt.

An einer Stelle muß ich Herrn Kollegen Reul widersprechen. Wir werden im kommenden Schuljahr tatsächlich mehr Stellen haben als durch Abgang frei werden.

Nun kann man diese Stellen nicht auf den letzten Punkt kennen, weil Lehrerinnen und Lehrer, bekanntlich wie alle Beamten, zwischen dem 63. und 65. Lebensjahr ohne jegliche weitere Begründung in den Ruhestand gehen können. Wir können hier also nur von Erfahrungswerten ausgehen. Von daher ist die Prophezie, daß der Unterrichtsausfall steigen wird, eine sehr gefährliche und kann eigentlich nur einen Grund haben, nämlich den: Man möchte gern, daß es so erscheint. Ich will gar nicht behaupten, daß man möchte, daß es auch tatsächlich eintritt. (D)

Hier immer mit einfachem Mehr zu operieren, scheint mir unangemessen. Ich erinnere die CDU auch nicht daran, daß sie in den vergangenen Jahren als erreichbar dargestellt hat, die Hälfte der frei werdenden Stellen wiederzubesetzen. Das wären dann 1500. Wir sind in diesem Jahr bei 3000.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns doch endlich einmal ein realistisches Bild der Schule zeichnen und nicht immer unter ganz schlimmen Stichworten wie "Mängelverwaltung", "Kein echter Unterricht mehr" - Herr Wickel - "Fast überhaupt nichts passiert" Unwahrheiten in die Welt setzen. Das sind alles Zahlenspielereien. Ich weiß nicht, wo Herr Wickel im Augenblick ist,

(Abg. Wickel meldet sich aus der letzten Reihe.)

(Minister Schwier)

- (A) ich würde mir wünschen, er würde einmal in die Schule gehen, dann könnte es ja sein, daß er merkt, daß dort wirklich Unterricht stattfindet und daß dort wirklich gearbeitet und gelernt werden kann.

Über die Frage der Arbeitszeitverkürzung ließe sich noch ernsthaft reden.

In diese Diskussion müssen wir vielleicht aber auch Schüler mit einbeziehen.

Herr Reul wollte Fragen beantwortet haben. Die erste Runde der Religionslehrer - Sie wissen -, 60 Stellen, werden zum 1.8.1990 wie üblich auf volle Stellen angehoben, bleiben dann ein Jahr im Angestelltenverhältnis, weil wir sie verpflichten wollen, dieses eine Jahr nur Religionsunterricht zu erteilen, damit diese Verbesserung nicht am Ende den Effekt hat, daß der Anteil am Religionsunterricht sinkt. Dann werden sie als Beamte eingestellt. Ich denke, das war die einzige Frage, die zu beantworten ist.

Ich will dann übergehen zur Kulturförderung. Da könnte ich mir auch sehr viel mehr und sehr viel Schöneres zusätzlich vorstellen. Nur, meine Damen und Herren, wenn wir die Breitenförderung in der Musik so ausrichten, daß sie sich auf bestimmte Spezialthemen bezieht - die Landesmusikakademie in Heek, eine neue Einrichtung, die das Land gebaut hat und wesentlich unterhält, ist ein Beispiel dafür -, kann man nicht gleichzeitig zusätzlich auch noch alles Mögliche fordern.

(B)

Frau Witteler-Koch, die Teilnahme des Kultusministers an allen Sitzungen ist dadurch leider sehr schwer möglich, weil er es mit drei Ausschüssen zu tun hat. Hier kam nun noch etwas hinzu: Der Staatssekretär ist krank geworden. Er hat sich beim Sport verletzt. Einem Staatssekretär im Sportministerium darf man Sport sicherlich nicht verwehren. Ich werde das auch nicht tun. So ist die Situation eingetreten.

Über die Forderung nach einem Parlamentarischen Staatssekretär, Herr Dorn, das werden Sie verstehen, kann ich hier keinerlei Auskünfte geben. Das liegt auch ausschließlich in der - -

(Dorn (F.D.P.): Das war auch eine Anregung an die Regierung!)

- War eine Anregung ja, ich habe sie als solche auch verstanden. Ich habe sie jetzt nur in Verbindung mit dem Wunsch von Frau Witteler-Koch gebracht.

Frau Kollegin Witteler-Koch, die Kommunen verlangen vom Land eigentlich nicht das, was

Sie mir immer abfordern, nämlich Konzepte, Rahmen - Förderleistungen ja; (C)

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Die haben sich daran gewöhnt, daß es keine gibt.)

aber ansonsten möchten die Kommunen - das haben Sie einerseits bewundert, aber auf der anderen Seite beklagt - ihre kulturelle Eigenständigkeit behalten. Beides kann man nicht; man kann nicht nach Vorgaben andere zwingen, etwas zu tun und ihnen gleichzeitig sagen: Aber selbständig seid ihr so wie bisher. Diese Mischung, die kommt mir - entschuldigen Sie, daß ich das so sage - doch nicht ganz ausgereift vor.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Abg. Witteler-Koch?

(Minister Schwier: Ich bin knapp in der Zeit, Frau Präsidentin.)

- Ja oder nein?

(Minister Schwier: Ja, bitte.)

- Bitte sehr, Frau Abgeordnete!

Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Herr Minister, kann es sein, daß Sie da die Vorzeichen verwechseln? Denn es geht um die Modelle, die das Land landesweit initiiert hat, und weniger darum, was jetzt die Zuweisungen an die Gemeinden angeht. Das ist ein anderer Punkt. Vielleicht müssen wir darüber noch im Detail sprechen. (D)

Schwier, Kultusminister: Nein, Sie haben hier doch auf das abgehoben, was die kommunalen Spitzenverbände vom Land fordern, und so getan, als wenn die kommunalen Spitzenverbände vom Land Vorgaben für ihre eigene Kulturarbeit verlangen. Den Eindruck habe ich nun allerdings nicht.

Lassen Sie mich etwas zur Sportförderung sagen. Auch da ging es um mehr. Herr Kollege Dorn hat allerdings dafür auch einen Deckungsvorschlag gemacht. Herr Kollege Dorn, wenn Sie kritisieren, daß wir an einer Stelle 400 000 DM für eine Sportstätte der AWO gegeben haben,

(Zuruf des Abg. Dorn (F.D.P.))

bitte ich doch, dabei zu berücksichtigen, daß der Umbau dem Ziel diene, dort Sport treiben zu können, also nicht für irgendeinen anderen Zweck.

Aber Ihr Vergleich und Ihr Deckungsvorschlag mit den - ich nenne es einmal ver-

(Minister Schwier)

- (A) kürzt - Olympiamitteln, ein Vergleich mit den Olympischen Spielen in München und deren Kosten ist sicher unzweckmäßig. Die ganze Form der Finanzierung ist eine andere.

Bei den 5 Millionen geht es uns - deswegen ist die Landesregierung der Meinung, bis zu 5 Millionen DM sind richtig eingesetzt - nicht nur um die Konkurrenz zwischen den Olympiabewerbern innerhalb des Bundesgebietes, sondern es geht vor allem auch darum, das Land Nordrhein-Westfalen mit seinen Möglichkeiten, Sport zu veranstalten und Sportleistungen zu erbringen, in der Weise vorzustellen, wie das leider nicht von selbst geschieht. Das ist unsere Absicht.

(Dorn (F.D.P.): Das sind doch Öffentlichkeitsmittel!)

- Nein, das sind nicht nur Öffentlichkeitsmittel, sondern es sind auch Mittel, die wir brauchen, um zum Beispiel Spitzenveranstaltungen überhaupt in unserem Land durchführen zu können. Sie wissen, daß die anderen Bewerber einzelne Städte sind, während wir Wert darauf legen, daß unsere Städtelandschaft in diesem Konzert mitspielen kann. Von daher sind diese Mittel nicht nur an der richtigen Stelle, sondern auch bisher erfolgreich eingesetzt worden.

(Zustimmung des Abg. Kniola (SPD)
- Dorn (F.D.P.): Noch sind sie ja gar nicht bewilligt; da können Sie sie noch nicht eingesetzt haben!)

(B)

- Sie sind an der richtigen Stelle im Haushalt eingesetzt. Ich glaube, das ist korrekt. - Die Verabschiedung dieses Haushalts erwarte ich nunmehr mit großer Gelassenheit.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4983 ab. Es ist beantragt worden, über die Ziffern einzeln abzustimmen mit Ausnahme der Ziffer 2; denn diese ist nunmehr ein gemeinsamer Antrag geworden.

Wir stimmen jetzt über die einzelnen Ziffern ab.

Ziffer 1, Stichwort Lehrereinstellungen. Wer diesem Änderungsantrag der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Ich stelle fest, diese Ziffer ist abgelehnt.

(C) Wir kommen zu Ziffer 3, Stichwort Förderung von Übungsleitern. Wer diesem Änderungsantrag der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Enthält sich jemand der Stimme? - Dann darf ich feststellen, daß der Antrag abgelehnt ist.

Wir kommen zu Ziffer 4, Stichwort Ausbau Münsterlandstadion. Wer für diesen Änderungsantrag der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, auch diese Ziffer ist abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung über die Ziffer 5, Förderung der Musikvereine und Chöre.

(Unruhe)

- Ich darf darum bitten zuzuhören. - Wer für Ziffer 5 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Ich stelle fest, Ziffer 5 ist abgelehnt.

Ich rufe Ziffer 6 auf, Stellen für Religionslehrer. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Ich stelle fest, auch die Ziffer 6 ist abgelehnt.

(D) Ich rufe jetzt den gemeinsamen Änderungsantrag aller drei Fraktionen Drucksache 10/4995 auf, Stichwort Errichtung und Instandsetzung von Kirchen. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich stelle hier Einstimmigkeit fest.

Wir stimmen nun über den Entwurf des Einzelplans 05 - Kultusminister - ab. Wer dem Entwurf des Einzelplans 05 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/4905 unter Berücksichtigung des soeben einstimmig angenommenen Antrags Drucksache 10/4995 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Dann darf ich feststellen, daß der Entwurf des Einzelplans 05 in zweiter Lesung angenommen ist.

Ich rufe nunmehr Nummer 4 auf:

Einzelplan 04: Justizminister.

Mit Drucksache 10/4982 liegt ein Änderungsantrag der CDU vor.